



Türkei aktuell

Die Lage in der Türkei und der interreligiöse Dialog

Der Putschversuch am Abend des 15. Juli 2016 hat nicht nur in der Türkei unzählige Menschen erschüttert. Auch in Deutschland waren Mitbürger und Mitbürgerinnen mit türkischen Wurzeln sehr besorgt. Ich selber hatte, um Türkisch zu lernen, im April und im Juni dieses Jahres jeweils zwei Wochen in Istanbul verbracht und in der Stadt die Reaktion auf den Anschlag vom 7.6. miterlebt. Damals starben elf Polizisten durch Sprengstoff. Schon im Januar hatte es einen Bombenanschlag in der Nähe der Blauen Moschee gegeben und im März einen weiteren auf der Istiklal Caddesi, der Haupteinkaufsstraße. Entsetzt war ich – zurück in Deutschland – über das Attentat auf den Atatürk-Flughafen am 28.6. (wenigstens 36 Tote) und nun kamen die Nachrichten von Schießereien in der Stadt.

Die Türkei kommt nicht zur Ruhe und die Menschen, die die Türkei lieben, auch nicht.

Nachdem der Putsch gescheitert war, begann eine Diskussion in Deutschland, die bis jetzt anhält. Wie halten wir es mit Recep Tayyip Erdoğan? Ist die Türkei noch eine Demokratie? Sollen die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei fortgesetzt werden? Wird der »Flüchtlingspakt« mit Deutschland halten und ist er überhaupt zu rechtefertigen?

Würde ich die Informationen, die ich gesammelt habe, mit meinen – immer noch bescheidenen – eigenen Erfahrungen verknüpfen, so würde ich wenigstens eine kleine Broschüre füllen. An dieser Stelle muss es genügen, ei-

nige Schneisen durch das Dickicht zu schlagen.

Die erste Frage: Wer steckt eigentlich hinter dem Putschversuch?

In der Türkei bezweifelt kaum jemand, dass am 15. Juli Fethullah Gülen nach der Macht gegriffen hat. Die meisten glauben auch, dass Gülen und seine Leute lange Listen vorbereitet hatten mit Namen von Leuten, die verhaftet oder sogar erschossen werden sollten. Diskutiert wird nur darüber, welche Verbündete Gülen hatte. Da gedeihen Verschwörungstheorien. Beweise sehe ich für das alles noch nicht. Man darf gespannt sein, ob die US-Justiz solche erkennt und Gülen ausliefert.

Fest steht, dass die Gülen-Bewegung ihre »Leute« über Jahre hin im Staatsapparat und in der Wirtschaft untergebracht hat. Ich habe das in der Vergangenheit nie als Problem betrachtet. Den Versuch, eine religiöse Elite heranzuziehen, hielt ich nicht für verboten. Die Mitglieder der Gülen-Bewegung, die ich in München kenne, sind höfliche, gebildete, am interreligiösen Dialog interessierte Leute. Dass die Wohnheime der Gülen-Bewegung eine Art Kaderschmiede seien, dass dort ein sektenartiger Geist herrsche, das hörte ich zwar gelegentlich – ich konnte das aber nie aus eigener Erfahrung bestätigen. In der Türkei aber war die Nähe zur Gülen-Bewegung eine Zeit lang die Voraussetzung für beruflichen Aufstieg. Viele Leute sind überzeugt, dass die Gü-

Inhalt

■ Artikel

Dr. Rainer Oechslen,
Türkei aktuell 141

Corinna Hektor,
Geschafft! Wir bleiben dran. 144

Martin Ost,
Liebe Leserin, lieber Leser 162

Dr. Markus Ambrosy,
Gemeindeglieder
sind auch Mitglieder 151

Erich Puchta,
Hyakinthos 154

Thomas Begrich,
Die Kirche, das Geld und wir 155

Dr. Volker Schoßwald,
Der Papst und der Islam 158

■ Aussprache

Gerhard Stinzing,
Mündigkeit ernst nehmen 158

■ Verein

Tag für Ruheständler... 143

Ordinationsjubiläum 143

Neue Beiträge 150

Regionaltagungen 159

■ Bericht

Armin Langmann,
Gymnasialstipendienstiftung 160

Dr. Horst Jesse,
Christliche Begegnungstage
in Budapest 160

■ Ankündigungen 162

len-Bewegung es von Anfang an auf die Macht im Staat abgesehen hatte. Gülen und Erdoğan kommen aus dem gleichen Milieu, aus der Welt der kleinen Leute, die mit ihrer Religiosität von einer großbürgerlich-laizistischen Elite verlacht wurden. Man muss nur bei Orhan Pamuk lesen, wie die Bürgerfrauen zu ihren Dienstmädchen sagten »Dass Sie sich ja nicht einfallen lassen, Ihre Zeit beim Beten zu vertrödeln« – dann versteht man, dass Politiker, die aus dieser Welt kommen, den kleinen Leuten und ihrer Religion neues Ansehen, Bedeutung und auch Macht verschaffen wollen. Dass sich die Wege von Gülen und Erdoğan trennten, kam überraschend und liegt noch nicht lange zurück.

Zur Reaktion auf den Putsch in der Türkei und in Deutschland

Soweit ich weiß, wurde der Putsch in der Türkei von allen abgelehnt, von links bis rechts, von den Anhängern der jetzigen Regierung bis zu ihren entschiedenen Gegnern. Niemand will nach den Erfahrungen mit den früheren Militärdiktaturen eine Neuauflage, niemand will wieder Ausgangssperren, willkürliche Verhaftungen, unerklärliche Todesfälle auf Polizeistationen und in Gefängnissen, Folter. Das alles gab es in der Türkei bis vor 25 Jahren und dazu immer wieder bürgerkriegsähnliche Verhältnisse. Und niemand oder fast niemand will einen Scharia-Staat. Viele Leute trauten es Fethullah Gülen zu, dass er wie Khomeini in Iran 1979 eine Art Religionsdiktatur schaffen wollte – und das lehnen auch die Religiös-Konservativen ab. So war das Land in der Ablehnung des Putsches geeint. Diese Einheit war etwas Besonderes, denn die türkische Gesellschaft ist traditionell zerklüftet und zerstritten. Viele genießen bis heute das Zusammengehörigkeitsgefühl bei der Niederschlagung des Putsches. Der Begriff der »Nation«, der in der Türkei nach französischem Vorbild sehr wichtig ist, wurde für viele zur lebendigen Erfahrung: Eine Gemeinschaft von freien Bürgern, die ihr politisches Geschick selbst bestimmen. Solche nationalen Gefühle können auch einmal – wie in Deutschland im August 1914 – rauschhafte Züge annehmen und schließen dann Kritik an der eigenen Regierung aus.

In Deutschland hingegen konnte man wenige Tage nach dem Putsch den Eindruck gewinnen, dass manche das Scheitern des Putsches geradezu bedauerten. Tatsächlich war es für mich tief befremdlich, dass Erdoğan den Putsch als »Gottesgeschenk« bezeichnete. Und es machte mich misstrauisch, dass die Regierung offenbar schon vor dem Putsch Listen von Personen angelegt hatte, die im Fall des Falles verhaftet werden sollten – Listen mit tausenden von Namen, darunter auch Leute, die von den Gedanken der Gülen-Bewegung himmelweit entfernt sind. Sollte Erdoğan etwa selbst an diesem Putsch interessiert gewesen sein? Auch mir gingen solche Gedanken durch den Kopf, mindestens bis ich erfuhr, dass Erdoğan Leben in der Putschnacht tatsächlich in Gefahr war.

Das Problem dabei: In der Türkei wurde sehr genau registriert, dass die allermeisten westlichen Regierungen den Putsch erst verurteilten, als er schon gescheitert war. Der Londoner »Guardian« hat diesen Sachverhalt wenige Tage später genau dokumentiert. Den Glauben der Türken daran, dass es dem Westen immer nur um Rechtsstaat und Demokratie geht, hat dies sicher nicht gestützt.

Kritik an der türkischen Regierung aus dem Westen erlebt man auch in den Kreisen der Türkei, die Erdoğan und seiner AKP sehr kritisch gegenüberstehen, als durchaus unglaubwürdig. Zu genau sieht man, dass der Westen – und auch Deutschland – immer nur seinen eigenen Interessen folgt, nicht nur der Türkei gegenüber, sondern auch ebenso im Verhältnis zu Saudi-Arabien oder Ägypten. Natürlich ist die Ablehnung westlicher Kritik auch eine Art Selbstimmunisierungsstrategie. Aber Hand aufs Herz: Wer würde umgekehrt im großen und mächtigen Deutschland über Kritik aus der Türkei auch nur gründlich nachdenken?

Für mich die größte Herausforderung ist der Umgang mit dem türkischen Nationalismus. In der Süddeutschen Zeitung vom 2. August berichtete der in Italien »under cover« lebende Journalist Yavuz Baydar, der türkische Wirtschaftsminister Zeybekçi habe über die Putschisten folgendes gesagt: »Wir werden sie in so tiefe Löcher werfen, dass sie kein Sonnenlicht mehr sehen, solange sie atmen. ›Tötet uns‹, werden sie uns anflehen. Selbst wenn wir sie hinrichten, fände mein Herz keinen Frieden. Sie werden in zwei Quadratmetern großen Löchern

sterben wie Kanalaratten.« Ich hielt und halte das immer noch für die Sprache von Goebbels und Freisler.

Entsetzt war und bin ich auch über die Predigt für den 22. Juli, die die Kölner DITIB-Zentrale verschickt hat. Da wird von der Vaterlandsliebe als religiöser Pflicht gesprochen und von wunderbaren Rettung der Nation aus tödlicher Gefahr. Der einzige in meinen Augen ernsthaft religiöse Satz ist ein knapper Hinweis darauf, dass Gott sich laut Koran nicht betrügen lässt.

Wer auch nur ein wenig von deutscher Geschichte weiß, dem fällt der extreme Nationalismus ein, der Deutschland und den deutschen Protestantismus wenigstens von 1871 bis 1945 geprägt hat. Aber genau hier muss man mit Vergleichen vorsichtig sein: Es gab im osmanischen Reich keine Predigten, die denen im August 1914 in Deutschland glichen. Dass der Sheikh-ul-Islam in Istanbul den Weltkrieg im Oktober des gleichen Jahres zum Dschihad erklärte, das hatte sich der Orientalist Max von Oppenheim im Dienst des Deutschen Reiches ausgedacht. Es gab auch keinen Nationalsozialismus in der Türkei, vielmehr nahm die Regierung unter Ismet İnönü während des Dritten Reiches so viele deutsche Flüchtlinge wie nur möglich auf. Ernst Reuter, der spätere Bürgermeister von Berlin, war nur einer von vielen. (Auch sein Sohn Edzard Reuter hat von 1935 bis 1946 in der Türkei gelebt.)

Klar ist für mich, dass Erdoğan deshalb so beliebt ist, auch bei den Türken in Deutschland, weil er seinem Land neues Selbstbewusstsein gegeben hat. Traumatisch ist für die Türken immer noch die Erinnerung, dass nach dem verlorenen Krieg 1918 nicht nur das Osmanische Reich zerschlagen wurde, sondern auch die »Resttürkei« (also der heutige Staat) unter den Siegermächten aufgeteilt werden sollte – was General Mustafa Kemal, den man später Atatürk nannte, verhindert hat. Aber man muss gar nicht so weit zurückgehen. Während der massiven Wirtschaftskrise 2001/02 suchte der damalige Ministerpräsident Bülent Ecevit Hilfe beim Internationalen Währungsfond. Die hätte er nur bekommen, wenn er ein Austerity-Programm akzeptiert hätte, wie es später Griechenland auferlegt wurde. Solche Demütigungen vergisst man nicht so leicht. Die »Schmach von Versailles« hat man in Deutschland auch lange nicht vergessen.

2002 kamen die AKP und Erdoğan an die Macht (damals übrigens mit Unterstüt-

zung der einheimischen Kirchen). Der zahlte schon bald die Auslandsschulden zurück, vervierfachte das Bruttosozialprodukt und löste gravierende Versorgungsprobleme etwa beim Wasser. Die neue Regierung erlaubte das Kopftuch an den Universitäten – aber bis heute schrieb sie es niemandem vor. Damals lag der Regierung viel an der Aufnahme in die EU. Alle möglichen Reformen wurden dafür eingeleitet bis hin zur Abschaffung der Todesstrafe. Verzögert wurden die Verhandlungen nicht von der Türkei, sondern von manchen europäischen Staaten. In Österreich konnte man zeitweise denken, man schiebe immer noch 1683 und Kara Mustafa stünde vor Wien. Irgendwann begann Erdoğan, sich anderweitig zu orientieren.

Wichtig war für die Türken: Sie waren nun kein Entwicklungsland mehr, das arme Schlucker nach Deutschland zum Arbeiten schicken musste, sondern ein prosperierendes, international angesehenes Land. Wer weiß, was es für die Deutschen bedeutete, dass sie in den 50-er Jahren wieder »mitspielen« durften, wer sich an das Ansehen Konrad Adenauers erinnert, der ahnt, was Erdoğan vielen Türken bedeutet. Sein autoritäres und hemdsärmeliges Auftreten nimmt man in der Türkei durchaus wahr – aber die Mehrheit kann sich darüber nicht so ärgern wie man es in Deutschland tut. Und offensichtlich nimmt man ihm in breiten Kreisen auch nicht übel, dass er im Februar 2016 ein Verfassungsgerichtsurteil mit folgenden Worten kommentiert hat: »Ich werde dem Urteil weder Folge leisten, noch es respektieren.« Das Gericht hatte die Freilassung von Can Dündar verfügt, dem damaligen Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet (»Die Republik«), der eine Lieferung von türkischen Waffen nach Syrien – aller Wahrscheinlichkeit nach für den sogenannten IS – aufgedeckt hatte und dafür auf persönlichen Antrag Erdoğan inhaftiert worden war. Das Spucken auf Gerichtsurteile ist inzwischen ja auch bei Regierungen von EU-Mitgliedsländern nicht mehr unbekannt.

Natürlich gibt es in der Türkei Leute, die ihr Land auf dem Weg in die Diktatur sehen und die es am liebsten heute als morgen verlassen würden. Es gibt zehntausende von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die entlassen oder suspendiert sind. Es gibt tausende von Verhafteten und ihre Angehörigen. Es gibt den 15-jährigen, der als Ältester

von fünf Geschwistern bei Freunden seines Vaters anruft und sagt: »Papa ist untergetaucht und Mama ist verhaftet worden. Bei der Polizei sagen sie, sie lassen die Mama frei, wenn Papa sich stellt.« Aber diese Leute sind eben in der Minderheit.

Das, was in der Türkei geschieht, ist die Zerstörung einer Hoffnung.

Jahrzehntelang sah es in vielen islamischen Ländern so aus: Es stand auf der einen Seite eine diktatorische Regierung, folternd, die Menschenrechte missachtend, aber laizistisch und darum vom Westen unterstützt (so etwa Ägypten unter Nasser und Mubarak und jetzt wieder al-Sisi, oder Syrien unter Assad Vater und Sohn), auf der anderen Seite eine islamistische Opposition, ihre Anführer in der Regel im Gefängnis (manchmal auch am Galgen). Dann entstand in der Türkei die AKP, islamistisch auch sie, aber gemäßigt, offen für die Anliegen der nichtmuslimischen Religionen im Land, rechtsstaatlich und demokratisch orientiert. Man durfte hoffen, dass der scheinbar ewige Gegensatz von religionsneutraler bis religionsfeindlicher Diktatur und religiösen, aber ebenso undemokratischen Kräften überwunden werden könnte. Nun scheint sich zu zeigen, dass eine

religiös orientierte Partei, ist sie nur lange genug an der Macht, die Demokratie und den Rechtsstaat nicht mehr wichtig findet.

Wie gehen wir mit all dem um?

Ich bin wegen der Entwicklung in der Türkei nach wie vor besorgt und mehr als das. Ich kann auch die kritiklose Begeisterung vieler türkischer Muslime für Erdoğan nur schwer ertragen. Fest steht aber für mich, dass ich mit meinen türkischen Freunden solidarisch bleibe. Und ich habe mir vorgenommen, bei künftigen Grußworten nicht die Türkei zu kritisieren, sondern von den Erfahrungen zu erzählen, die die evangelischen Kirchen in Deutschland mit dem Nationalismus gemacht haben – und das möglichst auf Türkisch.

Dr. Rainer Oechslen, Beauftragter für den interreligiösen Dialog und Islamfragen der ELKB, München

Tag für Ruheständler und Pfarrwitwen 2017

mit OKR Helmut Völkel
am Donnerstag, 22. Juni 2017
Herzlichste Einladung! Walter Stockmeier

Ordinationsjubiläum 2017

am
Montag, den 17. Juli 2017 um 10.30 Uhr
in der St. Johanniskirche in Ansbach
mit
Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm
und
Oberkirchenrätin Gisela Bornowski,
(Regionalbischöfin des Kirchenkreises Ansbach-Würzburg)
als Festpredigerin statt.
Mittagessen sowie festlicher Nachmittag werden in der Orangerie sein.
Eingeladen sind alle Jubilare und Jubilarinnen, die
1947, 1952, 1957, 1967, 1977 und 1992 ordiniert wurden.

Geschafft! Wir bleiben dran.

Hinter uns: anstrengende Zeiten

Im April konnten wir 125 Jahre Pfarrer- und Pfarrfrauenverein feiern. Es war ein schönes Fest. Schön auch zu sehen, wie viel Verbundenheit in die verschiedenen Ebenen der Landeskirche und im Verband besteht und wie sehr die Arbeit des Vereins und der Pfarrvertretung wertgeschätzt wird.

Aber zu diesem Zeitpunkt ist auch der bisherige 2. Vorsitzende Fritz Schäfer wegen Arbeitsüberlastung und Burn-out-Symptomen zurückgetreten. Dabei wurde deutlich, dass sich die Arbeit für Verein und Pfarrvertretung nicht mit einer halben Gemeindestelle vereinbaren lässt, schon gar nicht, wenn man dazu die eigene ganze Stelle selbst reduzieren muss und Vertretung und Absprachen mit Dritten erst mal mehr Arbeit als Entlastung bringen.

Zum Glück ist es gelungen, eine Konstruktion zu finden, in der neu zweite Vorsitzende sich ganz dieser Aufgabe widmen kann und nicht durch weitere feste Termine, Aufgaben und Absprache-Notwendigkeiten gebunden ist. »Auch der Landeskirchenrat sieht die

Daniel Tenberg wurde nahezu einstimmig zum neuen 2. Vorsitzenden gewählt.

Die Wahl ist ein Einschnitt:

- für den Pfarrfrauen- und Pfarrerverein, der erstmals von zwei hauptamtlichen Vorsitzenden geleitet wird

- und für den Gewählten, der seine Gemeinde aufgeben und im landesweiten Dienst tätig sein wird. Statt Bibel- muss er juristische Texte lesen und auslegen, Sitzungen und Verhandlungen bestehen und die Balance zwischen Kollegialität und Wahrung der Interessen der Pfarrerschaft halten.

Wir wünschen ihm einen guten Abschied und einen ebensolchen Neubeginn. Wir wünschen uns ein gutes Team im Vorsitz des Pfarrervereins, das nötig ist, um angesichts der vielen Entwicklungen und Veränderungen in unserer Kirche die Frage nach dem künftigen Pfarr-Amt wach und lebendig zu halten.

MO

praktischen Schwierigkeiten bei einer 0,5 Stelle für die zweite Stelle der Pfarrerkommission. Da aber eine Stellenerweiterung erst im Rahmen der nächsten Landesstellenplanung möglich sein wird, erhält der Pfarrerverein einen bis dahin befristeten Zuschuss aus Abteilmitteln der Personalabteilung. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, dass ein Pfarrer, eine Pfarrerin im Umfang von 1,0 die Aufgaben wahrnehmen kann.«¹ Wir sind sehr dankbar, dass es möglich war, auf diese Weise unbürokratisch die nötigen Arbeitsvoraussetzungen für die Pfarrvertretung zu schaffen. Dass Daniel Tenberg dann vermutlich trotzdem - genau wie ich - Gottesdienste und gelegentlich andere Vertretungsdienste in Gemeinden in seiner Nähe machen wird, steht auf einem anderen Blatt.

Hart getroffen hat mich auch, dass Frau Dentinger, meine Sekretärin, seit Anfang Mai krankheitsbedingt ausfällt. Ich hoffe sehr, dass sie Anfang Dezember wieder an Bord ist. Bis dahin musste und muss manches etwas länger warten als geplant und gewohnt. An der Stelle ein ganz besonderer Dank an Frau Kratzer, die tapfer versucht hat, die Arbeit von 2 Personen zu machen, dabei unglaublich viel geleistet hat und ohne die ich die Zeit nicht überstanden hätte. Und ein herzliches Dankeschön an alle, die mitgeholfen haben, dass wir auch in Vakanzzeiten den Aufgaben der Pfarrvertretung nachkommen konnten. So ist trotz Vakanz einiges zu berichten. Besonders erfreulich ist, dass wir nach jahrelanger Arbeit an einigen Themen nun tatsächlich Erfolg hatten.

Ab in den Urlaub...

Die angekündigte neue Urlaubsverordnung tritt zum 1.11.2016 tatsächlich in Kraft.

Sie ist das Ergebnis von 8 Jahren harter Arbeit, hartnäckigem Nachhaken, langen Diskussionen, immer neuen Arbeitsgruppen, nochmal neuen Diskussionen und sich nicht zufrieden geben der Pfarrvertretung. Es hat sich ausgezahlt. Hier die Details:

Künftig sind nicht Kalendertage zu nehmen, sondern Urlaubstage. 6 pro Woche - nicht mehr 7. Es wird also mit einer 6-Tage-Woche gerechnet. Mit den 36 Tagen Jahresurlaub bleibt es bei 6 Ur- 1 KR Albert Schweiger per Mail

laubswochen. Die Woche beginnt mit dem Sonntag. Wer am Sonntag arbeitet, wie die meisten von uns, bekommt dafür einen freien Tag. Dieser sollte i.d.R. festgelegt sein, kann aber verschoben werden, wenn es nötig ist. Der freie Tag ist damit künftig ein Rechtsanspruch und kein Sonderfall. Nicht genommene freie Tage können wie bisher innerhalb von 4 Wochen zu einem anderen Zeitpunkt genommen werden.

Neu ist ein zusätzlicher freier Sonntag im Monat. In der entsprechenden Woche hat man also trotzdem seinen freien Tag. Der freie Sonntag kann mit bis zu 2 weiteren dienstfreien Tagen verbunden werden. Dies können Feiertage sein, der Ausgleich für Feiertage, an denen man Dienst hatte oder nicht genommene freie Tage - oder der freie Tag der laufenden Woche. Für ein monatliches freies Wochenende - also freie Zeit dann, wenn andere sie auch haben - muss man also künftig weder Urlaub nehmen noch 3 Wochen durcharbeiten wie bisher.

Außerdem sind in Zukunft alle gesetzlichen Feiertage (z.B. 1. Mai, 3. Oktober, Allerheiligen, Pfingstmontag), dazu 24.12., 31.12. sowie Buß- und Betttag grundsätzlich freie Tage. Für sie muss kein Urlaub mehr eingebracht werden! Wer Dienst hat, bekommt ausgleichsfrei. Dabei ist Dienst ausdrücklich nicht näher bestimmt - Vertretung, Gottesdienst, Besprechung, ... Dienst ist Dienst. Dafür entfallen die zwei zusätzlichen Urlaubstage und der summarische Ausgleich nach Weihnachten. Wir haben es nachgerechnet: Es sind trotzdem mehr freie Tage.

So funktioniert die Berechnung des Urlaubes nach der neuen Verordnung: Der Sonntag ist frei. Ebenso alle Feiertage. Um also eine Woche frei zu haben, sind maximal 6 Urlaubstage pro Woche einzubringen. Mit den nun 36 Tagen Jahresurlaub bleibt es bei 6 freien Urlaubswochen. Dazu kommen jetzt neu die Feiertage. Wenn die in den Urlaub fallen, kosten sie künftig keinen Urlaubstag. Das ist deutlich mehr als die alte Regelung und die pauschale Abgeltung für die Weihnachtstage. Außerdem ist es künftig möglich, Brückentage zu nehmen. Alter Urlaub wird ab 1.11.16 ins neue System umgerechnet - und wo nötig auf- oder abgerundet, so dass ganze Tage entstehen.

Besonders hilfreich ist es, dass künftig nicht genommene freie Tage auch mit Urlaub verbunden werden können. Im Vergleich zur bisherigen Regelung er-

höht sich damit faktisch der Anspruch auf verlässlich freie Zeit. Er ist allerdings immer noch deutlich geringer als bei anderen Berufsgruppen. Gleichzeitig gewinnen PfarrerInnen, Gemeinden und Dekanate Transparenz bei der Urlaubsregelung² – oder wie ein Oberkirchenrat sagte: »Endlich eine Urlaubsregelung, die ich auch verstehe.«

Noch Fragen?

Wie werden nicht genommene Urlaubstage der alten Ordnung in die neue umgerechnet?

Wir empfehlen:

Urlaubstage : 7 x 6

Das Ergebnis rundet man nach kaufmännischen Regeln.

Wie viel Urlaub Sie dann haben, hängt davon ab, wie viele (staatliche) Sonn- und Feiertage im Lauf Ihres Urlaubs sich ereignen: Der 1. Mai oder der 3. Oktober verlängern den Urlaub (bzw. verringern die Zahl der Tage, die Sie nehmen müssen).

Vorsichtshalber weisen wir darauf hin, dass der 3. Oktober nicht an den 10. August angehängt werden kann und auch der 1. Mai nicht an den Winterurlaub im Februar. Wie es mit dem 15.8. ist, stellt eine besondere Herausforderung dar: Gilt er als Feiertag nach dem Ort des Urlaubs oder dem Wohnsitz der Urlaubenden? Oder wird angenommen, dass ein evangelischer PfarrerIn schon aus Prinzip diesen Tag nicht als Feiertag ansieht? Sollte er/sie allerdings deswegen an diesem Tag streiken, stellt sich die Frage, ob das dann Urlaub ist oder nicht.... Ich schlage vor, entweder die Kommission, die die Urlaubsordnung geschrieben hat, mit derlei Fragen zu behelligen oder jetzt einfach vernünftig sein und mit gesundem Menschenverstand handeln.

MO

Neue Religionsunterrichtsverteilungsvorordnung

Auch weiterhin gehören zu einer regulären Gemeindepfarrstelle 6 Stunden Religionsunterricht als Regelstundenmaß. Künftig gilt, dass zusätzlich erteilte Stunden mit 100.–€ deutlich besser

² Ich bitte um Verständnis, dass es nicht möglich ist alle Regelungen aufzulisten. Im Amtsblatt sind sie aber vollständig nachzulesen.

vergütet werden als bisher. Diese Erhöhung war überfällig und seit einiger Zeit angemahnt. Der alte Satz von 52.–€ war noch aus DM-Zeiten.

Außerdem erhalten KollegInnen im Teildienst die Möglichkeit, mit zusätzlichen Stunden ihr Dienstverhältnis für diese Zeit ruhegehaltsfähig um 2,5% je Jahreswochenstunde auszuweiten. Wer weniger oder keinen Unterricht erteilen möchte, braucht dafür eine Genehmigung und muss pro Jahreswochenstunde auf 2,5% Gehalt verzichten.

Nebenkosten für Pfarrdienstwohnungen

Es ist gelungen, mit dem KGA München eine Übereinkunft zu treffen, die die Kostentragungspflicht recht detailliert regelt. Grundsätzlich gilt, dass alle Kosten, die auf dem Haus oder Grundstück liegen, die Kirchengemeinde trägt; was verbrauchsabhängig ist und sich auf die Wohnung bezieht, zahlt der Nutzer. In der Praxis gab es allerdings öfter Unstimmigkeiten. Nun konnten auch strittige Punkte wie Niederschlagswasser, Wartung von Anlagen und gemeinsam genutzte Flächen zufriedenstellend geregelt werden. Das Papier stelle ich auf Anfrage gern zur Verfügung.

Aber es bleibt noch genug zu tun.

Dienststörungen

Die Umsetzung hat begonnen und die Erfahrungen und der Umgang in den Dekanaten sind höchst unterschiedlich. Die Bereitschaft, sich tatsächlich an die Aufgabenkritik zu wagen, scheint insgesamt eher gering. Das führt bei einigen zu eigenwilligen Umgehungsstrategien, bei anderen schlicht zu Frust. Die Vorschläge reichen von: »Dann setzen wir eben weniger Zeit für diese Aufgaben an« über »was nicht in die 48 Stunden passt, aber nötig ist, machen Sie eben ehrenamtlich« und »manches ist ja fakultativ, Supervision, Fortbildung, Spiritualität ... und unverplante Zeit lassen wir auch weg« bis hin zu einem pragmatischen: »Wir schreiben einfach etwas auf, was sich am Musterbeispiel orientiert.«

Alle diese Versuche, die bisherige Arbeit in 48 Stunden zu pressen oder KollegInnen zu verpflichten, alles, was nicht hineinpasst, ehrenamtlich zu leisten, konterkarieren, was mit dem Modell ursprünglich gemeint war. Bei der geplanten Neuauflage der Arbeitshilfe

werden wir darum nicht nur auf die Einarbeitung neuer Regelungen, sondern auch auf klare Kommunikation für die Umsetzung achten. Es soll ja weder eine Liste zum Abhaken entstehen, noch ein unrealistisches Bild. Und Ehrenamt kann man nicht anordnen und sollte es auch nicht mit moralischem Druck verbinden. Schließlich lebt es davon, dass man sich Träger, Aufgaben und Dauer aussuchen kann.

Damit Dienstordnungen tatsächlich als »Rahmen für die Freiheit« und Schutz vor Überlastung funktionieren, wird es noch einige Gespräche und viel Sorgfalt bei der Beratung von DekanInnen und KollegInnen, aber auch bei der Genehmigung von Dienststörungen brauchen.

Entlastung

Momentan wird gefragt: Was kann jemand anderes machen? Das ist ein guter Anfang, aber funktionieren wird es nur, wenn auch gefragt wird, was das dann konkret für die Arbeit in der Gemeinde oder Einrichtung bedeutet. Denn manche Änderung in der Zuständigkeit, vor allem, wenn sie mit Zentralisierung verbunden ist, führt letztlich zu Doppelarbeit statt zu Entlastung. Die Gabenkassenführung durch Profis in einer Verwaltungsstelle beispielsweise hat mancherorts den Effekt, dass für Überblick und zeitnahen Spendendank parallel ein Journal geführt werden muss. Gleichzeitig ist noch offen, wie sich die Rolle und der Dienst der KirchenpflegerInnen entwickelt. Viele, die diese Aufgabe heute machen, können sich nicht einfach auf Doppik nach Handelsgesetzbuch umstellen. Und ob sich neue Ehrenamtliche finden, die das können und wollen, ist unklar. Die entsprechende Qualifikation muss jemand ja erst mal haben. Dazu kommt, dass viele im Ehrenamt nicht dasselbe tun wollen wie beruflich. Außerdem haben leider einige den Eindruck, das neue System käme gut ohne sie aus.

»Assistenz im Pfarramt« ist ein Projekt, das mit großen Hoffnungen verbunden ist. Die Stärkung der Pfarramtssekretärin, die Anerkennung ihrer Kompetenzen, Fortbildung, bessere Bezahlung und mehr Stunden – ich kenne niemanden, der da etwas dagegen haben könnte. Doch steckt der Teufel wie so oft im Detail. Entlastung ist nötig, aber AM ORT. Sollte, wie in Hessen geplant, Assistenz letztlich auf eine Stärkung einer mittleren Verwaltungsebene hinauslaufen und damit zu weniger Stunden im eigenen

Pfarramt, bekommen die KollegInnen statt Entlastung Mehrarbeit. Ungeklärt ist auch, wer künftig die nötigen einfachen Arbeiten, Stühle stellen, Briefe zur Post bringen, Liedblätter drucken und falten und die Hausmeistertätigkeiten machen soll. Die einfache Rechnung, dass der/die PfarrerIn ja eh da ist und das mitmachen kann, ist jedenfalls falsch. Sie verkennt, dass die Zeit einer Person nur einmal da ist. Darum von uns noch einmal die Bitte, genau zu prüfen, was wer machen kann ohne dass dadurch Doppelarbeit entsteht – oder eine Wissenslücke, die an anderer Stelle zur Belastung wird.

Chr. Bergner stellt im hannoverschen Pfarrvereinsblatt fest, dass die Kirchenreform dazu führt, dass Kirche nun »von oben nach unten gedacht und organisiert« wird. »Die neue Kirche braucht viel Verwaltung – und diese Verwaltung hat es immer noch mit den gleichen Menschen, Kirchenvorständen, Gemeinden etc. zu tun wie vorher. Das führt zu hohen Reibungsverlusten.«³ Und das ist schade. Schließlich lebt Kirche von den Menschen, die in ihr leben und arbeiten – und mit ihren Traditionen. Und die lassen sich nur schwer – und nicht ohne Folgen – ändern.

»Keine Regionalisierung mit Fusionen von oben«⁴ – dieses Versprechen beruhigt. Es deutet an, dass Entwicklungen nach »Kirche der Freiheit«, wie man sie in Hannover besichtigen kann, bei uns nicht geplant sind. Anders ausgedrückt: man muss nicht alle Fehler nachmachen. Denn solche Veränderungen haben Folgen. So kann man in IDEA-Spektrum nachlesen, was sich analog zu Hannover und Berlin nun auch in der Nordkirche belegen lässt: »Drei von zehn Mitgliedern der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) lassen sich nicht kirchlich bestatten. Das geht aus einer Studie mit dem Titel »The times, they are a-changin«... der Arbeitsstelle »Kirche im Dialog« der Nordkirche hervor. ... Die Herausgeber der Studie vermuten, dass die Zahl in der Zwischenzeit weiter gestiegen ist. Neuere Erhebungen gebe es aber nicht. Sie folgern, dass die kirchliche Begleitung in den »Schwellenmomenten des Lebens« für Kirchenmitglieder »nicht mehr selbstverständlich« ist.⁵

3 Christoph Bergner in Hannoversches Pfarrvereinsblatt 3/16, S.15

4 OKR Helmut Völkel

5 2010 wurden in Hamburg und Schleswig-Holstein von 28.350 verstorbenen Mitgliedern nur 20.207 mit einer kirchlichen Trauerfeier

In Bayern sind wir davon Gott sei dank weit entfernt. Und wir wünschen uns, dass das so bleibt.

Die Mitgliedschaftsuntersuchungen sprechen eine deutliche Sprache. Sie passt zu den Erfahrungen der KollegInnen, zu den Wünschen von Kirchenvorständen, zu den Erkenntnissen aus der empirischen Sozialforschung: Am besten funktionieren kleine, überschaubare Einheiten; direkter Kontakt ist wichtig und personale Beziehung. Großgebilde schwächen die persönliche Verbundenheit der Mitglieder. Wenn das stimmt, sind überschaubare Gemeinden sinnvoll, sollten traditionelle, gewachsene Strukturen respektiert werden. Es hilft dabei nur wenig, Gemeinden formal eigenständig zu lassen, aber PfarrerInnen für zehn oder mehr solcher Einheiten zuständig zu erklären, da die Menge der Gemeinden und Orte, die jemand im Blick haben kann, begrenzt ist.

Martin Luther sagt dazu: »Es muss ein jeglich Dorf und Flecken einen eigenen Pfarrer haben.«⁶ Dahinter steht die Überzeugung: Verkündigung und Seelsorge brauchen personale Beziehung. Das trägt. Dass das tatsächlich funktioniert, freut auch unseren Landesbischof, der auf Facebook begeistert schreibt, dass in Gollhofen die Zahl der Eintritte die der Austritte übersteigt und wie lebendig diese kleine Gemeinde sei. »In den volkswirtschaftlich verwurzelten Dörfern des Dekanats Uffenheim ist ein Gottesdienstbesuch von 20-30 % keine Seltenheit – auch wenn kein Bischof da ist.«⁷ Gollhofen hat laut landeskirchlicher Statistik 542 Gemeindeglieder in 2015; auch wenn es sich einen Pfarrer mit anderen Gemeinden teilt, ist

begleitet. Aus Idea-Spektrum 37-2016

6 Luther Deutsch Bd 9 Tischreden, Kurt Aland (Hg., 1960 S. 141 f

7 Heinrich Bedford-Strohm 11. September um 16:07 »Die Zahl der Kircheneintritte übersteigt die Zahl der Kirchenaustritte. Ja, das gibt es.

Und zwar im fränkischen Dekanat Uffenheim.

Es war mir heute eine große Freude, hier in der im Uffenheimer Dekanat gelegenen Gemeinde Gollhofen zum 1275. Dorfbildium zu predigen. Von den Kindergartenkindern mit einem Lied empfangen, von allen herzlich willkommen heißen und im Gottesdienst von einem hervorragenden Posaunenchor begleitet, war das ein richtig schöner Festgottesdienst.

In den volkswirtschaftlich verwurzelten Dörfern des Dekanats Uffenheim ist ein Gottesdienstbesuch von 20-30 % keine Seltenheit – auch wenn kein Bischof da ist. Besonders gefreut habe ich mich zu hören, dass hier die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen kleinen Gemeinden sehr gut klappt. Denn anders werden wir eine breite Präsenz auf dem Land und eine ausstrahlungsstarke kirchliche Arbeit in der Zukunft nicht hinkriegen.«

das klein. Auch das Dekanat Uffenheim ist mit 38 Kirchengemeinden und knapp 11.000 Gemeindegliedern eher übersichtlich – und offenbar durchaus funktional.

Überschaubarkeit tut gut. Das gilt in jeder Region, in Stadt und Land. Und es gilt auch dort, wo Zuzugsgebiete neue Lösungen brauchen. Außerdem gibt es neben den Gemeinden nötige Funktionsstellen und wichtige Dienste, die gut ausgestattet und ebenfalls überschaubar sein müssen. Und Raum für Experimente und Projekte tut der Kirche auch gut.

Was also ändern?

Die neue Landesstellenplanung

wirft bereits ihre Schatten voraus. Noch geht es um Kriterien, Zielvorstellungen und Machbarkeit. Eine erste Marschzahl sagt, der Quotient, also das Verhältnis Gemeindeglieder/PfarrerInnen (nicht nur auf Gemeindestellen) soll landesweit bleiben wie bisher. Das wird mit Stellenkürzungen verbunden sein. Ich werde mich dort dafür einsetzen, dass dabei die Konsequenzen jeweils mitbedacht werden. Und dass nicht vergessen wird, dass gleichzeitig für den Pfarrberuf und andere kirchliche Berufe geworben werden muss, damit wir uns nicht in einer Abwärtsspirale einrichten, sondern Zukunft mitgestalten.

Alles weitere ist offen. Vieles wird davon abhängen, was sich im Prozess »Profil und Konzentration« (kurz PuK) als künftiges Erscheinungsbild und Ziel von Kirche herauskristallisiert. Dazu kann ich bisher wenig sagen, wir sitzen nicht mit am Tisch.

PuK – was verbirgt sich hinter dem Begriff?

Im Sommernachtstraum ist das der Hofnarr des Königs – in unserer Kirche der Prozess »Profil und Konzentration« – in dem sich die Kirchenleitung auf eine Strategie für die Zukunft von Kirche verständigen will. Es soll also die Zielperspektive entstehen, anhand derer dann alle nötigen Entscheidungen geprüft und getroffen werden können. Angefangen wurde dabei mit Szenarien. Für unterschiedliche Bereiche konnten sich die Teilnehmenden auf einer Skala zwischen zwei Extremszenarien wie »nur noch Ortsgemeinden« und »ver-

netzte Ortsgemeinden mit anderen Diensten« verorten. Ausgangslagen und erste Ergebnisse scheinen durchaus unterschiedlich gewesen zu sein. Genaueres wird erst auf der Frühjahrssynode zu erfahren sein. Gut, dass nach einer Einigung auf Leitungsebene ein breiter Diskussionsprozess geplant ist, denn was da beschlossen wird, wird die real existierende Kirche und die Arbeit wie das Leben in ihr prägen.

Noch haben wir ein Nebeneinander höchst unterschiedlicher Vorstellungen, Notwendigkeiten und Traditionen.⁸ Die sollten wir erhalten, auch wenn wir künftig verstärkt »in Räumen denken«⁹ – was auch immer das konkret bedeuten mag.

Pfarrdienst der Zukunft: Wen brauchen wir – und wenn ja, wie viele?

Mancherorts meint man ja, wie die Landesbischöfin der EKM in der dortigen Kirchenzeitung, es sei reformatorisch, keine PfarrerInnen zu haben. Ich habe bei Luther etwas anders gefunden: »In Kürze wird es an Pfarrern und Predigern so sehr mangeln, dass man die jetzigen aus der Erde wieder herauskratzen würde, wenn man sie haben könnte. Denn Ärzte und Juristen bleiben genug, die Welt zu regieren; man muss aber zweihundert Pfarrer haben, wo man an einem Juristen genug hat. Wenn zu Erfurt einer ist, ist's genug. Aber mit den Predigern geht's nicht so zu; es muss ein jeglich Dorf und Flecken einen eigenen Pfarrer haben. Mein gnädiger Herr hat an zwanzig Juristen genug, dagegen muss er wohl an die 1800 Pfarrer haben.«¹⁰ Davon sind wir weit entfernt. Nicht nur in absoluten Zahlen. Und das sollte sich ändern. Denn ich halte die Werke und Dienste nicht für überflüssig, die

⁸ »Die Idee mit den gleichwertigen Lebensverhältnissen lässt sich schon heute in Deutschland nirgendwo umsetzen. Denn die Lebensverhältnisse sind schlicht und einfach unterschiedlich. In München haben sie andere Lebensbedingungen als irgendwo in Oberfranken, wo kleine Dörfer sind und wo die Bevölkerung schwindet. Deswegen sollte man eher auf die Vielfalt der Lebensverhältnisse bauen und dadurch den einzelnen Regionen andere Möglichkeiten geben, sich auf Basis dieser unterschiedlichen Vielfalt zu entwickeln.« Reiner Klingholz, Demographie-Experte in BR 24, Heimat zu verkaufen
⁹ Synodalpräsidentin Annekathrin Preidel in ihrem aktuellen Rundbrief

¹⁰ Luther Deutsch Bd 9 Tischreden, Kurt Aland (Hg.), 1960 S. 141 f

Möglichkeit, etwas auszuprobieren für ebenso nötig, wie die Beauftragung von Spezialisten, aber das Fundament sind die Gemeinden. Und dort, aber auch in den nicht gemeindlichen Arbeitsfeldern, sind die Verkündigung und der Dienst an den Menschen und die nötige Nähe grundlegend. Für all das brauchen wir darum viele Menschen, die sich in den Dienst nehmen lassen – und haben zu wenige.

Was tun? Ideen gibt es viele. Eine geplante Kampagne, die den Beruf ins Gedächtnis ruft, scheint mir vor allem Image-Kampagne für Kirche. Eine gute Sache, aber sie wird im Wettbewerb kaum helfen. Die Werbekampagne der EKD für den Pfarrberuf macht einen guten Eindruck, aber man muss schon wissen, wo man sie auf der Website findet ... Andere EKD-Kirchen konzentrieren sich gerade stark auf die Werbung unter denen, die bereits Theologie studieren. Sie zahlen Prämien und Stipendien, werben mit einem höheren Vikariatsgehalt und gehen gezielt und freundlich auf Studierende zu. Es herrscht Wettbewerb. Bayern könnte in diesem Wettbewerb gute Karten haben. Auch ohne besondere Zuwendungen. Die Landeskirche hat einiges zu bieten. Größe und Vielfalt in Regionen, Gemeindeformen, Frömmigkeiten und Stellenprofilen, eine liberale Tradition und stabile finanzielle Verhältnisse. Aber ich würde mir wünschen, dass das an den Fakultäten auch durch regelmäßige Besuche transportiert wird und dass, wenn die Leute dann zu uns kommen, von den Möglichkeiten zu individuellen Lösungen auch Gebrauch gemacht wird.

Es ist schön zu hören, dass wir uns keine finanziellen Sorgen machen müssen – der Meinung waren wir ja schon länger – aber wenn es nun aus berufenem Mund kommt – um so besser. Mangel werden wir trotzdem haben. Einmal, weil die Vorsteuerung uns ein Wachstum vorgibt, das geringer ist als die Kostensteigerungen und so Gemeinden, Werke und Dienste und Verwaltung faktisch zu Einschnitten zwingt. Zum anderen aber, viel entscheidender, weil uns Menschen fehlen werden, die hauptamtlich in der Kirche arbeiten – in vielen Berufsgruppen. Wir haben schon jetzt personelle Mangelverwaltung. Künftig wird das noch stärker zu spüren sein. Und alle Konzepte, die versprechen, es sei möglich mit immer weniger Menschen alles wie bisher zu machen, sogar besser und dazu noch Neues, wenn man nur genug Begeisterung mitbringe und

effizient genug arbeite, führen unweigerlich zu Frust bei allen Beteiligten. Die Lösung kann aber auch nicht die Selbstabschaffung durch immer weitere Sparmaßnahmen sein.

Nachwuchs

Eine epd-Meldung von September dieses Jahres vermittelt einen guten Eindruck: 400 junge Leute wollen PfarrerInnen werden. Das ist schön. Konkret bedeutet es, dass ca. 400 Personen auf der »Anwärterliste für das geistliche Amt« stehen. Diese studieren aktuell und verteilen sich auf 12–14 Semester. Von ihnen werden nach aller Erfahrung etwa die Hälfte, wenn es gut geht sogar 2/3, im Pfarramt ankommen. Sehr großzügig gerechnet sind das 250–300 Menschen. Verteilt auf 6–7 Jahre. Wer nachrechnet kommt auf einen eher übersichtlichen Zugang pro Jahrgang. In Ruhestand gehen in dieser Zeit ca. 100 Personen pro Jahr.

Eine aktuelle Vakanzauswertung für den Zeitraum 1.10.15 bis 30.9.16 liegt leider noch nicht vor.¹¹ In den vergangenen Jahren lag die Quote aber etwa bei 7%, geplant waren und sind 3,5%. Es können also bereits jetzt zu wenig Stellen besetzt werden. Die großen Ruhestandsjahrgänge stehen noch aus. Bei einem Zugang wie er aufgrund der Zahlen zu erwarten ist, werden in den 2030er Jahren über 600 KollegInnen fehlen, wenn man den »Quotienten« zugrunde legt.

Es wäre also sinnvoll nicht nur für Bayern, sondern auch für das Studium und den Beruf zu werben. Das geht mit Flyern, Plakaten und Filmen, Informationsveranstaltungen und anderen Werbemaßnahmen. An den Schulen, in den Gemeinden – und nicht zuletzt an den Unis. Denn es gilt neben der Werbung für dieses wunderbare Amt auch Werbung für die bayerische Landeskirche zu machen. Daneben stehen müssen aber eine überzeugende Politik und Kultur der Landeskirche und PfarrerInnen, die ihren Beruf wirklich weiterempfehlen (können). Bei beidem gäbe es noch Luft nach oben.

Wir brauchen Zeit für eine Jugendarbeit, die begeistert und für Gespräche mit denen, die die Richtigen sein könnten für den Beruf; eine Studien- und Examensreform, die Freiheit und Eigenständigkeit theologischen Forschens und Denkens wieder stärker in den Vor-

¹¹ Auf Rückfrage habe ich erfahren dass mit diesen Zahlen Ende November zu rechnen ist.

dergrund rückt; dazu Berufsperspektiven, die berücksichtigen, dass auch eine Familie Zeit braucht...

Die Konkurrenz ist groß. Und viele Studierende schauen bei der Wahl der Landeskirche – ja, die haben heute die Wahl und sind sich dessen sehr bewusst – sie schauen bei ihrer Wahl auf das Offensichtliche und Naheliegende. Das Gehalt im Vikariat. Die Prüfungsbedingungen im 1. Examen. Die Erfahrungen mit Vertretern und Vertreterinnen des Landeskirchenamtes – fataler Weise oft verbunden mit dem Examen oder anderen unerfreulichen Begegnungen. Und nicht zuletzt die erzählte Geschichte Dritter. Wer hört, dass individuelle Lösungen gesucht wurden, dass Willkommenskultur herrscht, wird eher hier arbeiten wollen, als wer den Eindruck hat, als lästiger Bittsteller gehandelt zu werden. Dass dieser Eindruck sehr persönlich ist und nicht immer ganz stimmig, ist natürlich richtig. Trotzdem meine ich, es wäre gut, die Möglichkeiten einer großen Landeskirche und die Tradition der »liberalitas bavariae« stark zu machen – so wie es mit dem nochmal aufgelegten fliegenden PS geschieht – und mit aller Freundlichkeit die Tür aufzumachen, statt die Hürden hoch.

Ein erster Schritt: Verbesserungen beim Examen

Selbst kleine Veränderungen können deutliche Verbesserung bewirken. KR Saumweber hat uns die erfreulichen Verbesserungen in der Stimmung und den Noten in der Pfarrerkommission mit vielen Zahlen und sehr persönlicher Erzählung nahegebracht. Das ist ein sehr erfreulicher erster Schritt, der hoffentlich eineR NachfolgerIn Mut macht für die noch ausstehende große Reform.

Zugangsvoraussetzungen

Die Akademische Theologie zur Zugangsvoraussetzung zu machen ist ein Erbe der Reformation. Man hatte erkannt, dass es für die Arbeit in den Gemeinden nötig ist, Pfarrer zu haben, die akademisch durchdacht haben, was sie glauben und predigen. Damals wurde die Qualifikation für den Pfarrberuf eingeführt, Wissen und Ausbildung statt Erbhof oder reiner Frömmigkeit. Erkannt hat man in der Folge auch, dass solche ausgebildeten TheologInnen der Kirche als Ganzes gut tun. So bin ich froh, dass von der Ausbildungsreferentin KRin Isolde Schmucker zu hören ist,

dass es trotz Mangel so bleiben soll, dass ein Master an einer anerkannten theologischen Fakultät Voraussetzung ist und für alle anderen Zugänge der Mindeststandard unsere Pfarrerweiterausbildung gilt.

Pfarrerbild und Kirchenbild gehören zusammen

Im Hannoverschen Pfarrvereinsblatt wird beschrieben, welche Folgen dort ein »funktionales Kirchenbild« hat: aus PastorInnen werden Funktionsträger, Spezialisten sind gesucht, Effektivität gefragt, Kriterien und Bemessungen wesentlich. Ein Kollege bemerkte in dem Zusammenhang: für Seelsorgegespräche gibt es keine Rubrik in der Statistik. PfarrerIn sein ist eine Lebensaufgabe – und kein Job. Das heißt nicht, dass man 24/7 da sein kann und arbeiten, aber es heißt, wir brauchen in all dem, was uns Spezialisten-Sein abnötigt die Freiräume, für die Menschen da zu sein und die Freiräume fürs theologische Denken und Arbeiten, für Lesen, diskutieren, Gebet, Stille und Gespräch. Und wir brauchen Wertschätzung für diese gemeindliche Aufgabe – die nicht aus Versehen verbunden ist mit Gemeindeleitung, sondern um zu gewährleisten, dass die Theologie kein Anhängsel ist und die Verkündigung nicht marginal. Wenn wir von Geld reden, und das müssen wir ab und an, dürfen wir es nicht tun wie ein Betrieb, der Stückkosten senken will, denn wir produzieren nicht etwas, das wir verkaufen, und machen darum auch keine Gewinne, sondern wir existieren als Kirche für unseren Auftrag. Und der ist Verkündigung. Darum sind die Kosten dafür nicht Eigenkosten, die es zu senken gilt, sondern die Kosten fürs Eigentliche – und das muss es uns wert sein.

Zukunftsfragen zur Versorgung

Es bleibt spannend. Und schwierig. Das liegt an der Materie. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass nichts zurückgelegt wird, schließlich wollen wir uns auf unsere Pensionen verlassen können – es hängen ja oft genug auch zu pflegende Eltern und in Ausbildung befindliche Kinder mit dran! Trotzdem sollte man sich bewusst machen, dass die Rechnung viele Unbekannte enthält. im Übrigen: Die aktuelle Zinspolitik trifft alle kapitalstockbasierten Systeme – und damit leider auch die private Vor-

sorge. Demografische Entwicklungen sind ebenfalls ein gesamtgesellschaftliches Thema. Doch der Variablen und Stellschrauben für Rente und Pension sind viele. Was wird der Staat tun? Und wie klug ist es, jetzt innerkirchlich eigene Veränderungen vorzunehmen, wenn zu erwarten ist, dass in den nächsten Jahren staatlicherseits ebenfalls etwas verändert wird – nur vermutlich anderes – so dass sich die Systeme deutlich auseinanderentwickeln würden.

Der Gemischte Ausschuss Versorgung tritt dennoch in die nächste Phase und wird bald Vorschläge machen an welchen Stellschrauben gedreht werden soll. Ich werde dort weiterhin unsere Fragen und Positionen einbringen – nicht zuletzt das immer noch unge löste Problem eines Ausgleichs für den Zwangsteildienst – und wie bisher aus der Arbeit berichten, soweit die Inhalte dafür freigegeben sind.

Blick ins »außerbayerische Ausland«

Die velkd-Pfarrergesamtvertretung hat in ihrer letzten Sitzung Martin Michaelis aus der EKM zum neuen Vorsitzenden und Cornelia Meinhard aus Bayern zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ich freue mich sehr, dass wir damit auch auf dieser Ebene so gut vertreten sind. Auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes in Travemünde wurde die Hauptamtlichkeit des Vorsitzenden beschlossen. Die nötige Finanzierung ist aus unserer Sicht Aufgabe der EKD, da diese in den letzten Jahren nicht nur gesetzgebende Aufgaben für die Mitgliedskirchen übernommen hat, sondern inzwischen auch offiziell Kirche sein will. Solange dies noch nicht geklärt ist, werden die Kosten durch die Vereine per Umlage aufgebracht.

Wie notwendig die Arbeit des Verbandes ist, zeigt die Stellungnahme zu geplanten Gesetzesänderungen durch die EKD: Der Verband wehrt sich darin gegen Neuerungen in der Personalaktenführung. Anonyme Schreiben dürfen bisher mit gutem Grund nicht in die Akten aufgenommen werden. Besonders schwere Vorwürfe können kein Argument für eine Änderung dieser Regel sein. Das würde die Möglichkeit eröffnen – wie in manchen anonymen Kommentaren im Internet – PfarrerInnen zu verun-

glimpfen ohne die Vorwürfe zu belegen und ohne mit Nachfragen oder Folgen für die eigene Person rechnen zu müssen, wenn sie sich als haltlos erweisen. Gegen diese Art der Denunziation könnte man sich überhaupt nicht wehren. Deutliche Vorbehalte gibt es auch gegen die elektronische Führung von Personalakten. Manipulationen sowie die Weitergabe bzw. das Zusammenführen von Daten würde hiermit erleichtert. Bei den geplanten Änderungen der Nebentätigkeitsverordnung scheinen Einzelfälle Auslöser größerer Verschärfungen. Dies lehnt der Verband ab.

Erfreulich ist, dass Beurlaubungen im familiären Interesse künftig leichter und auch zur Pflege naher Angehöriger unkompliziert möglich sein sollen.

Arbeiten über das Ruhestandsalter hinaus

Ein Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand um bis zu drei Jahre ist möglich, wenn ein dienstliches Interesse und die persönliche Bereitschaft des Betreffenden bestehen. Das ist eine gute Sache, muss aber eine freiwillige Möglichkeit bleiben. Dienstliches Interesse wird künftig in unserer Kirche verstärkt bestehen. Darum sollten unnötige Hürden wie die jährliche neue Genehmigung entfallen. Ausserdem sollte ein Stellenwechsel für die letzten drei Amtsjahre möglich sein. Und nicht zuletzt: Wer sich darauf einläßt und so einen wichtige Beitrag leistet, indem er oder sie länger arbeitet als er muss, sollte wissen, dass diese Zeit ruhegehaltstfähige Dienstzeit ist. Finanziell wirkt sich das nur aus, so lange die Kappungsgrenze noch nicht erreicht ist. Für alle, die aufgrund von Erziehungszeiten, Zwangsteildienst oder Beurlaubungen die nötigen Zeiten nicht erreichen können, würde es nicht nur Anerkennung vermitteln, sondern eine Verlängerung auch für den Ruhestand attraktiv machen.

Altersgrenze im Probedienst abschaffen

Aktuell gibt es für die Übernahme ins öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis gleich zwei Altersgrenzen. Für die endgültige Übernahme gilt das 40. Lebensjahr - zum Vergleich: für Beamte des Freistaates ist es das 45. Zu Beginn des Probedienstes liegt die Grenze bei 35 Jahren - und ist verbindlich, obwohl die Probezeit mit 3 Jahren und der Möglich-

keit der Installation auf der bisher vertretenen Stelle kürzer ist als die angesetzten 5 Jahre. Wir bitten darum diese zusätzliche Hürde abzuschaffen oder sie auf die vor dem Pfarrdienstgesetz der EKD geltenden 37 Jahre anzuheben.

PfarrerInnen auf Dienstvertrag

Zur Erinnerung: Eingeführt wurde die Möglichkeit privatrechtlicher Dienstverhältnisse im Pfarrdienst, um auch denen eine Möglichkeit zu geben ihre Gaben im Pfarramt einzusetzen, die aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund ihres Lebensalters nicht verbeamtet werden konnten, auf deren Talente und Qualifikation man aber nicht verzichten wollte. Das war gut und richtig. Die Umsetzung erschien damals relativ unproblematisch, weil die Systeme im BAT und Beamtenrecht bis hin in Laufbahn und Familienzuschläge sehr ähnlich waren. Dazu passte ein gemeinsames Status- und Dienstrecht - und die Übernahme wesentlicher Bestandteile der Laufbahn auch für die Angestellten.

Seither hat sich im Angestelltenrecht einiges verändert. Der Familienstand spielt keine Rolle mehr, das Dienstalter kaum eine, dafür wird nach Stelle und Qualifikation sofort die entsprechende Entgeltstufe gewährt. Davon profitieren die PfarrerInnen nicht, denn für sie gilt eine Laufbahn. Außerdem sind die Beiträge zur Sozialversicherung massiv gestiegen. So tragen sie heute die Nachteile aus zwei Systemen - eine spürbare Gerechtigkeitslücke.

Eine Neuregelung ist in greifbare Nähe gerückt. Die von uns miterarbeitete Vorlage sieht vor, dass im aktiven Dienst eine Gleichstellung analog zum Dienstrecht auch im Finanziellen erfolgt. Das würde bedeuten, dass auf die entsprechenden Tabellen (inklusive der Familienzuschläge) im öffentlich-rechtlichen Dienst verwiesen werden kann; Renten- und Arbeitslosenversicherung würden übernommen. Damit entstünde eine weitgehende finanzielle Gleichstellung im aktiven Dienst, analog zum gemeinsamen Dienstrecht und Statusrecht. Das hätte auch den Vorteil, dass die Verordnung deutlich schlanker und künftige Rechtssetzung erheblich einfacher würde. Und dem Grund für die nicht-Verbeamtung, der Sorge vor Ver-

sorgungsleistungen, die nicht in einem angemessenen Verhältnis zur Dienstzeit stehen, würde damit weiterhin Rechnung getragen.

Die erste Frage, die an dieser Stelle meist kommt, ist die nach der Gerechtigkeit gegenüber anderen Berufsgruppen. Meist verbunden mit der Aussage, es gelte bisher Angestelltenrecht wie für alle anderen auch. Das ist ein weit verbreiteter Irrtum. Aktuell gilt für die PfarrerInnen im privatrechtlichen Dienstverhältnis eine eigene Rechtssetzung und nicht etwa eine Zuständigkeit der ARK. Und die Regelungen sind bei genauer Betrachtung schon bisher anders als der TVL - nicht zuletzt, weil sich Spezifika des Pfarrdienstrechtes und auch die Dotierung der Stellen in A13/14 sonst nicht abbilden lassen.

Eine Veränderung tut also not. Systemkonform, dem ursprünglichen Anliegen entsprechend und gerecht wäre unseres Erachtens die genannte Angleichung im aktiven Dienst. Für die nötige Überleitung gäbe es unterschiedliche Modelle, die sich problemlos umsetzen lassen. Aufgrund der Kosten und der Wünsche und Anfragen anderer Berufsgruppen wird es allerdings noch einige Runden in Arbeitsgruppen geben, so dass das ursprüngliche Ziel einer Neuregelung zum 1.1.17 wenig realistisch erscheint und noch längst nicht alles entschieden ist. Aber wir bleiben dran. So wie auch an allen anderen Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf uns warten.

*Für den Hauptvorstand
Corinna Hektor, 1. Vorsitzende*

Pfarrhaus zu vermieten

in Sulzdorf an der Lederhecke, landschaftlich hübsch gelegen zwischen Haßbergen und Rhön. Frisch renoviert und isoliert, 140 m², 450 Euro Kaltmiete, Garage, Gartenanteil.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:
Pfarrerin Tina Mertten,
Tel.: 09761 - 63 05
martina.mertten@elkb.de

Neue Beiträge

Auf der Herbsttagung wurde über die neuen Mitgliedsbeiträge beraten und beschlossen. Eingebracht wurde das Thema von Schatzmeister Herbert Dersch:

»Beitragserhöhung - zugegeben, die gab es lange nicht und zugegeben, ich bin unsicher, wie viel Sympathie es für den Schatzmeister bringt, dieses Thema zu intonieren. Vorausschicken will ich: Ihr wisst, Sie wissen ja, wie es finanziell um den Verein steht, das kommunizieren wir in guter Tradition jedes Jahr sehr offen. So kann ich klar sagen: Der Verein ist finanziell voll handlungsfähig. Und er wird dies auch in Zukunft auf Jahre hin bleiben können - und doch ist es eine Frage, ob wir unsere Möglichkeiten stärken oder mindern.

Die Möglichkeiten stärken

Es war mit entscheidend etwa in der Beurteilung der Mietwerte von Pfarrdienstwohnungen, dass der Verein gesagt hat: Wir machen es auch alleine und beauftragen die Kanzlei. So konnten wir nach ersten Mustergutachten auch die Landeskirche ins Boot holen. Das finanzielle Polster hat so ein selbstbewusstes Auftreten hergegeben. Das ist ein Grund, weshalb ich als Schatzmeister diese Diskussion anrege und der Hauptvorstand ein positives Votum zu einer Beitragserhöhung abgibt. Dazu kommt der eher banale Hinweis: Irgendwann ist es nach langer Zeit so weit.

Irgendwann ist es soweit

Die letzten Beitragserhöhungen waren zum Jahreswechsel 1976/77 von 10 auf 12 DM und von 12 auf 16 DM beim Jahreswechsel 1993/1994. Jetzt könnte eine nächste Erhöhung kommen von 8,18 auf 12,50 €; prozentual ein gewaltiger Sprung von über 50%, - aber es ist auch ein langer Zeitraum. Ich hab mal geschaut nach dem Grundgehalt A14 Stufe 9. 1994: 5.065 DM, ganz aktuell 5.094 €.

Wer es noch ein wenig drastischer mag: Der Preis für die Maß auf dem Oktoberfest ist von 9,40 DM auf 10,60 € gestiegen, und die Kugel Eis von 50 Pfennigen zu DM-Zeiten jetzt auf 1,20 € bis zu 1,50 €.

Und wir haben 23 Jahre Beitragsstabilität gehabt.

Beiträge sollen Vereinsarbeit tragen

Idealerweise sollten die Beiträge der Mitglieder die Vereinsarbeit tragen. Das war bei unserem Verein schon lang nicht mehr der Fall. Ausgeglichen wurde das durch einen Anstieg der Mitgliederzahl, der sich so nicht wiederholen lässt - und durch eine gute Ertragslage bei der Vermögensanlage. Die Zeiten hoher Zinsen sind seit einigen Jahren vorbei und das macht sich je länger je mehr bemerkbar.

2015, wir haben das ja schon angeschaut, konnte die Jahresrechnung nur ausgeglichen werden durch eine Entnahme von gut 28.000 € aus den Rücklagen. Das ist ein Signal an die Mitgliederversammlung als dem Entscheidungsgremium über die Beiträge.

...auch neue Aufgaben

Dazu kommt: Beim Deutschen Pfarrertag in Travemünde wurde die Hauptamtlichkeit im Vorsitz des Verbandes entschieden - wir sehen da durchaus die EKD in der Pflicht, den Verband als Pfarrerververtretung auf EKD-Ebene mit den Finanzmitteln auszustatten. Bis sich die EKD dazu durchringt, stemmen das die Vereine mit Mehrkosten für uns von mindestens 15.000 € ab 2018, und ich sehe nichts, wo sich das locker einsparen ließe. Ein weiteres: Die aktuelle Beitragsstruktur hat zwar viele Varianten, trotzdem hat die Geschäftsstelle schon lange immer mehr Grenzfälle zu entscheiden, weil es längst mehr als nur entweder 50% oder 100% Dienstverhältnisse gibt. D.h. die neue Struktur soll auch unsere Verwaltung vereinfachen.

Geplant sind:

Für Vikare und Vikarinnen: 2,50 €, alle Ermäßigungen bis zu einem DV von 65 % - also halbe Stelle + z.B. 6 h RU: 7,50 €, Pfarrer und Pfarrerinnen im Ruhestand 10 € und als Regelbeitrag 12,50 €. Die Leistungen bleiben gleich

- mit KORRESPONDENZBLATT, Deutschem Pfarrerbblatt,
- dem Pfarramtskalender mit dem wichtigen bayerischen Anhang,
- den Nachlässen bei der Bruderhilfe,

- der Ausrichtung des Ordinationsjubiläums,
- der Verdopplung des Büchergeldes für Vikare und eines zinslosen Darlehens bei finanziellen Notlagen,
- der Gewährung von Studienhilfen durch den Verband,
- dem Zuschuss zur Teilnahme am Deutschen Pfarrer- und Pfarrerrinnentag,
- der dienstrechtlichen Vertretung in der Arbeit von Pfarrerkommission und Pfarrerausschuss,
- Auskünften zu dienstlichen Fragen und dienstrechtlicher Beratung
- dem Rechtsschutz in Verfahren nach dem Disziplinalgesetz
- und schließlich der Ausrichtung von Frühjahrs- und Herbsttagung.

Wen interessiert, wie sich so eine Beitragserhöhung auswirken könnte:

Eine vorsichtige Schätzung habe ich im Haushaltsentwurf eingearbeitet. Die ermöglicht, dass wir keine Rücklagenentnahme mehr brauchen sollten, aber auch keine Rücklagenzuführung schaffen. Wie gesagt, eine vorsichtige Schätzung, Und jetzt bin ich gespannt auf unsere Diskussion.«

Die Diskussion brachte den wichtigen Hinweis, dass diese Beiträge zum Berufsverband steuerlich geltend gemacht werden können - so dass die Erhöhung faktisch eher mit plus/minus 30 € zu Buche schlägt, wenn man so will: Ein Cappuccino pro Monat.

Außerdem wurde viel Wertschätzung über die Arbeit des Vereins und der Pfarrvertretung geäußert. Deutlich gesagt wurde auch, dass jeder, der schon einmal Hilfe des Vereins in Anspruch genommen hat, mitunter deutlich mehr bekommen hat, als er an Beiträgen bezahlt.

Gewünscht wurde eine solide finanzielle Basis für die Arbeit und ein Beitrag, dessen Höhe einmal pro Wahlperiode geprüft und beraten werden soll.

Am Ende wurde einstimmig beschlossen, dass die monatlichen Beiträge ab 1.1.17 wie folgt gestaffelt werden:

12,50 € Regelbeitrag
7,50 € ermäßigter Beitrag (bis 65% Dienstverhältnis)
2,50 € im Vikariat
10 € im Ruhestand

Herbert Dersch,
Schatzmeister

Gemeindeglieder sind auch Mitglieder!

Es mutet ein wenig befremdlich an, dass in einer von vielen als schmerzhaft empfundenen Übergangsphase der (noch) Volkskirche hin zu einer sich noch unklar abzeichnenden neuen Struktur von Kirche(n) zunehmend Projekte der Mitgliederbindung und -gewinnung als kirchliche Maßnahmen gegen den kontinuierlich hohen Mitgliederschwund gefordert werden.¹ Dies verwundert insofern, als zum einen Kirche sich selbst bis dato eben nicht als Verein resp. Verband oder NGO, alles aus soziologischer Sicht gattungsverwandte und damit vergleichbare Vereinigungen, gesehen hat, die Mitglieder haben. Bezeichnenderweise spricht man bis heute ja von Gemeinde-Gliedern. Hier scheint sich also ein Perspektivwechsel abzuzeichnen: Gemeindeglieder sind auch Gemeindeglieder! Zum anderen wird nun ausgerechnet ein Bereich der Betriebswirtschaft herangezogen, der sich auf den ersten Blick so gar nicht mit kirchlichem Selbstverständnis in Einklang bringen lässt: das Marketing, hier das sog. Mitgliedermarketing.² Traditionell besteht ja häufig ein tiefes Misstrauen der Theologie gegenüber der Ökonomie, resp. der Vorstellung, die man sich von ihr macht. Seit Langem haben andere mitgliedschaftliche Organisationen für sich erkannt und umgesetzt, dass es eben nicht reicht, Mitglieder zu haben, sondern dass Mitgliederpflege eine wesentliche Aufgabe darstellt, um die Organisation überhaupt lebens- und handlungsfähig zu erhalten. Und: Erst die Mitglieder geben streng genommen der Organisation ihre Daseinsberechtigung. Ohne Mitglieder – kein Verein. Bei allem Unterschied zur Kirche – auch sie ist als Organisation kein Selbstzweck.³ Einerseits ist für den Bestand einer Organisation eine kontinuierliche Gewinnung neuer Mitglieder nötig, in der Regel für jedes Unternehmen ein mühsames und teures Unterfangen mit unsicheren Erfolgsaussichten. Gerade in diesem Bereich hat die Kirche aufgrund

¹ Vortrag gehalten am 3. Juni 2016 vor den Dekanen des Kirchenkreises Augsburg

² Vgl. hierzu : wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/Mitgliedermarketing

³ Wie hoch inzwischen die Bedeutung der Mitgliederbindung ist, kann man leicht an der Flut von Beiträgen sehen, wenn man das Stichwort »Mitgliederbindung« in eine Suchmaschine eingibt.

der noch immer gesellschaftlich stark verankerten Taufe von Kindern einen »unschätzbaren Wettbewerbsvorteil«, wie das Marketingexperten nennen würden. Sowenig es Sinn macht, weil das Verhältnis von Aufwand und Nutzen extrem ungünstig ist, Ausgetretene wieder zu einem Wiedereintritt bewegen zu wollen, so sehr macht es auf dem Gebiet der Taufen Sinn, hier aktiver zu werden, insbesondere was den Bereich der sog. Taufverzögerung angeht. Es handelt sich dabei um das Phänomen, dass, wer sein Kind innerhalb des ersten Lebensjahres nicht tauft, dies statistisch auch in den nächsten Jahren nicht mehr tun wird. Verglichen mit dem noch immer weit offenen Tor des Taufzugangs sind andere alle anderen Formen der Mitgliedergewinnung (Übertritte, Neueintritte) nur ein extrem schmaler Türspalt, was die betriebswirtschaftliche, nicht die menschliche Sicht betrifft. In Summe bedeutsamer für jede Organisation und deren Zukunft ist dagegen deren aktive Bestandserhaltung durch geeignete Maßnahmen. »Der Schatz jeder Organisation sind deren Mitglieder, denn sie sind ja schon Mitglieder« lautet kurz die Einsicht des Mitgliedermarketings. Praktisch alle mitgliederorientierten Organisationen haben in den letzten Jahren die dramatische Erfahrung gemacht, dass zum einen immer weniger bereit sind, sich dauerhaft an Vereine und dgl. zu binden, zum anderen, dass selbst in weltanschaulichen Vereinigungen in immer stärkerem Maße die Kosten-Nutzen Relation im Vordergrund für den Beibehalt oder die Beendigung einer Mitgliedschaft steht. Dies betrifft auch die Kirchen. Ob diese Auffassung von Kirchenmitgliedschaft den Kirchen zusagt oder nicht: Faktisch ist sie beim Gros der Mitglieder, insbesondere dem Heer der Ausgetretenen und mutmaßlich auch bei den der Noch-Mitglieder weit verbreitet. Die allermeisten kehren ihrer Kirche den Rücken, wie man einen Verein verlässt, in dessen Vereinszweck man für sich keinen Sinn und Nutzen mehr erkennen kann. Das mag traditionellem Kirchenverständnis zutiefst zuwiderlaufen, ist aber längst gesellschaftliche Realität, der die Kirche adäquat begegnen sollte. Die ganze Hilf- und Ratslosigkeit vieler Pfarrer

angesichts dieses Verständnisses von Kirche als Verein schlägt sich dann oft in der Gattung und dem Inhalt der sog. »Ausgetretenenbriefe« nieder. Allein schon im Begriff »Austritt«, der aus dem Vereinsrecht entlehnt ist, zeigt sich das Dilemma: Wie verlässt man eigentlich theologisch korrekt eine Gemeinschaft, in die man hineingetauft wurde?

Für den größten Teil der Ausgetretenen freilich stellt sich diese Frage nicht oder nicht mehr. Sie sind »konfessionslos glücklich«, wie es Hans-Martin Barth in seinem gleichnamigen Buch erhellend dargelegt hat.⁴ Konfessionslose nehmen für sich jenseits aller Kirchlichkeit in Anspruch, zu definieren, was für sie »glücklich sein« bedeutet, so, wie sie auch das Recht in Anspruch genommen haben, nicht mehr Mitglied einer Kirche sein zu wollen, weil diese aus ihrer Sicht keinen Beitrag zu ihrer Frage nach dem Glück leisten konnten. Die Kränkung der beiden ehemaligen Großkirchen darüber ist kaum zu verhehlen.

Hart, aber vermutlich zutreffend, was diese Tendenz organisationstheoretisch bedeutet: Menschen sind nach wie vor bestimmten Inhalten verbunden, durchaus auch kirchlichen. Aber sie sind immer weniger dazu bereit, die bisherige Form kirchlicher Mitgliedschaftspraxis für sich zu akzeptieren, die bis heute alternativlos nur eine Ganz- oder Garnicht-Mitgliedschaft kennt. Diese Form von Mitgliedschaft ist im Übrigen keineswegs genuin kirchlich, sondern fußt letztlich im Vereinsrecht, wie es sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hat und von den Kirchen größtenteils übernommen wurde, und das Mitgliedern Rechte und Pflichten zuspricht. »Gottes Segnungen nur für Vereinsmitglieder?«, könnte man überspitzt fragen.

Und: Kirchenmitglieder heute erleben mehr denn je die immer größerer Distanz zu allen anderen Organisationen, bei denen sie oft Mitglied sind, in deren Interesse sie stehen und auch so gepflegt werden. Kurz: Mitglieder wollen auch wie »Kunden« behandelt werden! Sicher mit Abstrichen – aber auch bei und von »Kirchens«.

Mitgliederbindung ist Einstellungsache

Wer also Mitgliedergewinnung und -bindung auch bei und für die Kirche fordert, sollte sich dessen im Klaren

⁴ Hans Martin Barth, Konfessionslos glücklich, Gütersloh 2013

sein: Ernsthaft betriebenes Mitglieder-
management kann man nicht einfach
aus seinem Kontext lösen, bruchstück-
haft Teile und Methoden daraus nach
Belieben verwenden; auch gehört ein
nicht unerhebliches Know-How dazu,
bis heute kein verbindlicher Bestandteil
theologischer Aus- und Fortbildung. Im
Kern geht es um eine innere Einstellung,
nämlich darum, die Mitglieder in den
Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen,
sich an den Bedürfnissen maßgeblich
auszurichten, denn das schafft letztlich
die erhoffte Bindung. Gerade mit Blick
auf das Reformationsjahr 2017 eigent-
lich kein ganz fremder Gedanke, dass
Kirche ihre Gemeindeglieder als mündi-
ge Mitglieder versteht. Aber: Gemein-
glieder sind mehr und auch andere als
der Inner Circle der sog. Kerngemeinde.⁵
Die nach wie vor häufig anzutreffende
starke innere Ausrichtung an den zah-
lenmäßig eher kleinen Kerngemeinden
und ihren spezifischen Bedürfnissen ist
aus Sicht des Mitgliedermarketings eine
hoch problematische Engführung, weil
sie oft an den Bedürfnissen der Mehr-
heit ihrer Mitglieder vorbeizieht, die sich
immer weniger im Angebot »der« Ge-
meinde wiederfindet und entsprechen-
de Konsequenzen zieht. Das Angebot
aber am Gros der Mitglieder und ihrer
Bedürfnisse auszurichten und die Er-
gebnisse dann auch tatsächlich umzu-
setzen, kann erhebliche Konsequenzen
für eine Organisation haben!

Mitgliederbindung bedeutet Partizipation ermöglichen

Welche Notwendigkeiten ergeben sich
aber, wenn man den Begriff Mitglieder-
bindung ernst nimmt? Konkret: Welche
Bedürfnisse von Mitgliedern einer Or-
ganisation lassen sich grundlegend er-
mitteln? Die Organisationstheorie nennt
dazu drei zentrale Bereiche, bei deren
Berücksichtigung Bindung an die Orga-
nisation dauerhaft erfolgen kann, ohne
dies freilich garantieren zu können.
Kontinuierlich Kontakt zu den Mitglie-
dern zu halten und immer wieder die
Frage zu stellen, was das Mitglied er-
wartet, ist eine der zentralen Aufgaben
aller mitgliedlichen Organisationen.
Aus einer Organisation wird meine! Für
gewöhnlich setzt hier in kirchlichen
Kreisen Entspannung ein. Denn kaum
eine Organisation hat in den letzten
Jahrzehnten ihre Mitglieder so gründ-

⁵ Vgl. hierzu Ambrosy, Markus,
Gemeindelebenaffin 95:5, KORRESPONDENZBLATT
10/2010

lich untersucht, wie die evangelische
Kirche. Allein fünf umfangreiche KMU⁶
zeugen von einem gewaltigen Aufwand
auf diesem Gebiet. Verblüffend nur, dass
dessen ungeachtet die Austritte steigen
und steigen! Die Antwort darauf dürfte
einfach sein: Untersuchungen schaffen
Ergebnisse über jemanden, Mitglieder
brauchen aber das Gespräch mit ihnen,
weniger über sie! Gefragt und damit
einbezogen werden in Entscheidungs-
fragen und Prozesse, ist eine der wich-
tigsten Voraussetzungen von Bindung,
gerade die elektronischen Medien bie-
ten dazu eine noch nie gekannte und
einsetzbare Möglichkeit. Dabei ist in der
Tat sekundär, ob der Einzelne diesem
Partizipationsangebot dann tatsächlich
nachkommt, und ob in Summe die in-
haltlichen Ergebnisse nicht häufig eben
jene sind, wie sie die großen Untersu-
chungen zeigen, vermutlich ist es sogar
so. Mitgliedschaft heute bedeutet aber
in besonderem Maße, Mitglieder aktiv
nach ihren Bedürfnissen zu fragen – sie
insofern als Mitglieder ernst zu nehmen,
nicht nur als Beitragszahler zu sehen.
Gerade dazu bietet die Gemeindeebene
ideale Voraussetzungen, weil in der Re-
gel Mitglieder sich als deren (regiona-
le) Mitglieder verstehen und nicht einer
übergeordneten, oft als unpersönlich
wahrgenommenen Verwaltungsgröße.
Die Enttäuschung an vieler Orten da-
rüber, wie wenig sich Gemeindeglieder
bei bereits bestehenden Mitsprache-
möglichkeiten engagieren (KV-Wahl,
Gemeindeversammlungen usw.) führten
bisher nicht dazu, kritisch zu fragen, ob
diese eher traditionellen Methoden von
Mitgliederpartizipation (übrigens alle
aus dem Vereinsrecht abgeleitet) über-
haupt noch modernem Beteiligungs-
verhalten und dem Bedürfnis vieler
Mitglieder entsprechen; hier wird man
künftig neue, wenngleich auch leistbare
Wege gehen müssen; zahlreiche ande-
re mitgliederschaftliche Organisationen
bieten hier inzwischen interessante
Modelle. Entscheidend ist das immer
neue Angebot, sich beteiligen und sei-
ne Bedürfnisse anmelden zu können,
ohne davon ausgehen zu müssen, dass
Mitglieder damit die uneingeschränkte
Erwartung verbinden, dass alles davon
auch Berücksichtigung findet. Die Er-
wartung, dass Mitgliedschaft auch die

⁶ Einen guten Überblick über die
Mitgliedschaftsuntersuchungen bietet
Grethlein, Christian, Reformdebatten
und Impulspapiere, in: Kunz, R./
Schlag, Th., Handbuch für Kirchen- und
Gemeindeentwicklung, Neukirchen-Vluyn
2014, S. 93ff

Möglichkeit angemessener Partizipation
bietet, findet sich in überdurchschnitt-
lich hohem Grade übrigens bei denen,
die bereits ausgetreten oder dazu be-
reit sind, die Gruppe der 30–50 Jährigen.
Gerade auch Ihnen diese Möglichkeit zu
bieten, wird ein wichtiger Schritt künf-
tiger Mitgliederbindung sein müssen.

Mitgliederbindung bedeutet, aktuelle Information bieten

»Tue Gutes und rede nicht darüber.«
Mit gutem Grund galt dieses Prinzip
der Selbstbescheidung lange Zeit bei
»Kirchens«; zu Recht gilt es noch immer
– es gibt Grenzen der Selbstvermark-
tung. Fatal, wenn dogmatisch verengt
angewandt, wirkt er sich aber in einer
modernen Informationsgesellschaft
aus, die eine Unsumme von Optionen
und damit Alternativen bietet. Fehlen-
de Informationen über das sogenannte
Portfolio eines Anbieters hat hier hin-
sichtlich der Mitgliederbindung fatale
Folgen: »Wenn ich es bei Dir nicht finde,
andere warten nur.« Mitglieder heute,
die unbewusst ständig vergleichen,
leiden nicht selten unter mangelnder
Information ihrer kirchlichen Organi-
sation. Sie wollen auf dem Laufenden
sein über das Angebot ihres »Vereins«.
Abkündigungen, Schaukasten und der
Quartalsgemeindebrief sind nicht mehr
ausreichend. Die meisten Fehler der
gemeindliche Informationspolitik sind
dabei hausgemacht. a) Informationen
sind veraltet b) Informationen werden
über veraltete Medien kommuniziert c)
Informationen werden an den Lesern/
Zielgruppen vorbei verfasst resp. Medi-
um und Inhalt passen nicht zusammen.
Es ist erstaunlich, wie wenig Gewicht in
einer Informationsgesellschaft in vielen
Gemeinden auf diesen Bereich noch im-
mer gelegt wird und nach wie vor viel
Geld und Zeit in letztlich veraltete Me-
dien investiert wird. Zudem lässt sich
der Eindruck nicht immer verhehlen,
dass es sich dabei oft um Vereinsnach-
richten der Kerngemeinde an sich selbst
handelt, liebevoll gemacht, nett, aber
kaum konkurrenzfähig. Längst haben
andere mitgliedliche Organisationen
den unschätzbaren Wert von Mitglie-
derzeitungen als einem der zentralen
Mittel der Mitgliederbindung erkannt,
in Verbindung z.B. mit aktuellen News-
lettern. Und sie haben diesen essenti-
ellen Bereich mit nicht unerheblichen fi-
nanziellen und personellen Mitteln aus-
gestattet. Zeitschriften sind die »Lifeline
zum Mitglied«. Dabei wird auch hier der

Erkenntnis Rechnung getragen, dass das Gros der Mitglieder einer Organisation informiert werden und die grundsätzliche Möglichkeit haben möchte, an bestimmten Veranstaltungen teilnehmen zu können. Nur der geringste Teil tut dies dann auch tatsächlich, möchte aber als mündiges Mitglied regelmäßig, aktuell und kompetent informiert werden. Eine Bringaufgabe jeder Organisation! »Tue Gutes und lass deine Mitglieder wissen, was du ihnen alles bietest.« Und so wenig ist das in vielen Gemeinden nicht! Mitgliederbindung gelingt auch dort, wo der »Nutzen« einer Organisation für das Mitglied sichtbar und erkennbar ist. Dabei wird in den wenigsten Fällen ein unmittelbarer Nutzen für sich selbst erwartet. Kirche muss nicht alle Lebensbereiche abdecken, die wenigsten Gemeindeglieder erwarten das. Dafür sind die meisten ja auch in anderen, inhaltlich anders ausgerichteten Vereinen Mitglied. Im Sinne der Transparenz möchte man aber immer wieder sehen, ob das Angebot einer Gemeinde auch das abbildet, um dessentwillen man hier Mitglied ist und in der Regel auch bleiben will.

Mitgliederbindung bedeutet, einen klaren Markenkern zu haben

»Warum bin ich Mitglied in einer Organisation, einem Verband, einem Verein, warum gerade bei dieser? Und warum bin ich in einer Kirche?« So zu fragen war bei »Kirchens« lange Zeit nicht notwendig, Mitgliedschaft war nicht erklärungsbedürftig, eher im Gegenteil. Die hohen Austrittszahlen führen hier zu einem Nachdenken. »Warum bleiben dann aber Menschen in einer Kirche?«, wurde in der IV. KMU umgekehrt gefragt. Die beiden Spitzenreiter bei den Antworten darauf waren fast gleichauf, aber mit weitem Abstand zu anderen: Die Inanspruchnahme von Kasualien und das diakonisch-soziale Moment der Kirche. Vereinfacht: Kirche tut bei Bedarf etwas für mich; Kirche tut etwas für andere. Nimmt man die Herangehensweise von Mitgliederbindung ernst, die Bedürfnisse ihrer Mitglieder in den Mittelpunkt ihres Tuns zu stellen (und in der Konsequenz auch die Organisation danach auszurichten), ergibt sich daraus der sogenannte »Markenkern einer Organisation«, wie ihn die Mehrheit ihrer Mitglieder sieht, im Marketing auch als Nutzungsversprechen bezeichnet. Für viele kirchlich Engagierte, Haupt- wie

Ehrenamtliche, mag es enttäuschend sein, dass speziell ihr Arbeitsbereich (Frauen, Umwelt, Asyl, Bildung, usw.) bei der Mehrheit der Mitglieder eine deutlich nachgeordnete Bedeutung einnimmt. Aus organisationstheoretischer Sicht und im Sinne einer Mitgliederbindung, durch deren Erfolg überhaupt erst die Grundlage geschaffen wird, ggf. auch nachgeordnete Angebote angemessen realisieren zu können, ergibt sich daraus aber eine doppelte Schwerpunktsetzung im Sinne oben erarbeiteter Erkenntnisse. »Tue Gutes« heißt: Das Angebot richtet sich in diesem Sinne schwerpunktmäßig an den Kasualien aus, wobei das Verständnis davon durchaus weiter gefasst werden darf, als im klassischen Sinne. Mitglieder haben eine sehr konkrete Erwartung, an entscheidenden Lebenswenden begleitet zu werden. Dies umfasst sowohl die individuelle Biographie (Taufe, Beerdigung), wie auch kirchliches Handeln an kollektiv-gesellschaftlichen Schnittstellen, sowohl regelmäßigen im Jahr (Erntedank, Weihachten usw.) als auch bei aktuellen Anlässen (z.B. bei Katastrophen, Jubiläen usw.). Hier werden von ihren Mitgliedern kirchliche Aktivitäten erwartet und eingefordert, im Kern verschmelzen hier Seelsorge und Homiletik. Aus Sicht der Pfarramtpraxis wird man anhand der Untersuchungen von Dieter Becker zur Aufgabenverteilung im Pfarrberuf aber kritisch fragen müssen, inwieweit mehrheitlich diesem zentralen Anliegen der Mehrheit der Mitglieder überhaupt allein schon zeitlich angemessen nachgekommen werden kann.⁷ Pointiert: Oft haben wir keine Zeit für das, was unsere Mitglieder von uns wollen!

Gleiches gilt für den diakonisch-sozialen Bereich, der in vielen Fällen nicht mehr in den Gemeinden erfolgt, sondern von Einrichtungen der Diakonie geleistet wird. Nur: Das zum Teil hohe Engagement speziell der Diakonie wird faktisch so gut wie gar nicht von einem Großteil der Mitglieder als Arbeitsbereich der Kirche erkannt, Diakonie wird viel zu oft nicht als evangelisch identifiziert. So kommt es in nicht wenigen Fällen zum Vorwurf, dass Kirche ihrem diakonischen Auftrag nicht nachkomme, eine der Kernforderungen von Mitgliedern. Tue Gutes – und lass es andere (zumindest deine Mitglieder) auch wissen!

⁷ Vgl. hierzu Becker, Dieter, Arbeitszeiten im heutigen Pfarrberuf, Dt. Pfarrerblatt 2/2010

Zentraler Ort für Mitgliederbindung ist die (Orts-) Gemeinde

Aus systemischer Sicht ist festzuhalten, dass innerhalb einer Organisation jenen Einheiten eine besondere Rolle zukommt, die die meisten »Kontaktflächen mit Kunden« haben, der sog. Filialvertrieb. Weniger betriebswirtschaftlich: Das Gros unsere Mitglieder haben zuallererst und noch immer Kontakt mit Vertretern ihrer Ortsgemeinden. Letztlich entscheidet sich überdurchschnittlich häufig hier, ob Mitgliederbindung und -gewinnung gelingt; der jeweiligen »Kontaktperson«, also dem Pfarrer/-in kommt dabei eine zentrale Stellung zu. Dies nimmt Kirchenleitung nicht aus ihrer Verantwortung. Im Gegenteil: Damit ist eine wichtige Schwerpunktsetzung erfolgt: Bedingungen und Möglichkeiten (finanziell/personell/strukturell) zuallererst in den (Orts-) Gemeinden oder kirchlichen Einrichtungen mit vergleichbaren Kontaktflächen zu schaffen, dass dies angemessen geschehen kann!

Mitgliederbindung ist kein »Stammkundengeschäft«

Der größte Anteil pastoraler Arbeit gilt nach wie der sog. Kerngemeinde, wie faktisch kirchlich-gemeindliche Strukturen im Übermaß auf diese ausgerichtet sind und das, obwohl sie prozentual einen nur geringen, wenngleich sehr präsenten Anteil innerhalb einer Gemeinde ausmacht. Das mag über Jahrzehnte gut gegangen sein, angesichts nicht enden wollender Austritte stellt sich hier aber die Frage, ob dies auch auf Dauer sinnvoll sein kann: Immer weniger machen immer mehr für immer weniger. Zu beobachten ist nämlich, dass die Austritte fast zu 100% aus dem Nichtkerngemeinde-Bereich erfolgen. Betriebswirtschaftlich spricht man bei so einem Phänomen von einer Stammkunden fixierten Vertriebsstruktur: Sicher, zuverlässig, bewährt. Aber: Erfahrungsgemäß »stirbt« dann das Unternehmen mit seinen Kunden Oder anders gesagt: Die Pole schmelzen von den Rändern, nicht von der Mitte. Bei Ersteren heißt es also handeln. Die Erkenntnis aber, dass Kirche sich gerade um jene Mitglieder kümmern muss, die (noch) Mitglieder sind, aber nicht aktiv am Gemeindeleben teilnehmen können oder wollen, ist bei Weitem noch nicht verbreitet genug, auch

wenn sie allein schon zahlenmäßig die größte Gruppe darstellen! Noch immer wird überdurchschnittlich häufig in Gemeinden aus Sicht der Kerngemeinde gedacht. Wenn aber mit Blick auf die zu erwartende Gesamtentwicklung der Kirchen hinsichtlich ihrer Mitglieder gehandelt werden soll, dann bekommen an dieser Stelle die Aufgaben Mitgliederbindung und -gewinnung eine neue, inhaltliche Schwerpunktsetzung.

Mitgliederbindung braucht Verantwortliche

Aus Sicht der Mitgliederpflege sollte es künftig ein gesteigertes Interesse aller Hauptamtlichen geben, neben der Pflege der Kerngemeinde sich auch intensiver um jene Gemeindeglieder kümmern, die eben nicht sichtbar und regelmäßig am Gemeindeleben teilnehmen, aber doch auch Gemeindeglieder sind. Wenn dem Abschwung der Mitglieder in unserer Kirche erfolgreich begegnet werden soll, dann ist dies angesichts sinkender Geburtenzahlen, stetiger Überalterung und zunehmender Konfessionslosigkeit ohnehin vermutlich die einzige Chance, eben deren Kirchenbindung adäquat zu stärken, ohne freilich zu glauben, dass Aktivitäten grundsätzlich und schon nach kurzer Zeit Früchte tragen. Mitgliederbindung ist ein langer und kontinuierlicher Prozess, für den es aber, wenn man ihn konsequent betreibt, kompetente Verantwortliche braucht. Isolde Kahle und Klaus Raschzok haben in ihren jeweiligen Beiträgen nun aber zeigen können, dass gerade im Hinblick auf Kirchenbindung dem/der Pfarrer/Pfarrerin eine bedeutende Stellung zukommt, die von keinem Ehrenamtlichen, und sei er noch so geschult, ausgefüllt werden kann⁸. Durch seine/ihre Ausbildung verfügt er/sie im Direktkontakt mit unterschiedlichsten Menschen in der Regel über Deutungsmuster und eine Sprachfähigkeit, die dringend gerade im Umgang mit Nicht-Kerngemeindegliedern erforderlich sind. Und: Er/Sie genießt bis heute einen großen Vertrauensvorschuss - auch und gerade bei sog. Kirchenfremden. Dies ist damit keine Status-, sondern eine Kompetenzfrage, die es zu nutzen gilt!

⁸ Vgl. hierzu Kahle, Isolde, Volkskirche ist Kasualien- und Pastorenkirche, Dt. Pfarrerberlatt 12/2014; Raschzok, Klaus, Gefragt, nötig, präsent: Zur Diskussion um den Pfarrberuf, KORRESPONDENZBLATT 6/2008

Zu dieser, insbesondere in der Seelsorge erworbenen, pastoralen Grundkompetenz muss aber eine zweite treten, die sich intensiv dem Arbeitsfeld Mitgliederorientierung widmet. Wer diesen Arbeitsbereich in einer Gemeinde übernimmt, braucht nicht nur einen klaren Auftrag, die nötige Zeit und die erforderlichen Mittel dazu, sondern muss auch entsprechend geschult werden, da das bis heute nur sehr bedingt Teil der Ausbildung von Pfarrern/innen ist. Entscheidend für den Erfolg ist freilich die innere Einstellung/Motivation zu

diesem Arbeitsbereich: Mitgliederorientierung ist nicht lästige Pflicht, sondern eine Frage der Einstellung zur Volkskirche und geistlicher Dienst im besten Sinne! Als Pfarrer/innen sind wir zum Dienst an allen unseren Gemeindegliedern ordiniert. Nicht wer mitgliederorientierte Gemeindegliederarbeit mit dem Ziel der Mitgliedergewinnung und -bindung leistet, muss dies begründen, sondern wer dies nicht tut!

*Dr. Markus Ambrosy,
Pfarrer in Puchheim*

Hyakinthos

Griechische Mythen und biblische Welt

Schon am Morgen empfing mich der starke Duft, der von der Hyazinthe auströmete, die ihre tief-violetten Glockenblüten geöffnet hatte. Ihre Kraft hatte sie aus einer prallen Zwiebel gesogen, der drei saftige Stängel entwachsen waren. Zwei waren bereits verblüht, die dritte Blütentraube verströmete sich noch.

Ihr Duft erinnerte mich an die Geschichte des Hyakinthos, des jüngsten unter den Söhnen des spartanischen Königs Amyklas.

Der Gott Apoll hatte eine herzliche Zuneigung zu dem Jungen gewonnen. Einst wollte er ihn, ehe er starb, in den Olymp erheben, damit er ihn ewig in seiner Nähe hätte. Doch sollte ein trauriges Geschick den Jüngling vor der Zeit hinweg raffen.

Es geschah im Spiel. Der Gott hatte die Diskusscheibe gen Himmel geworfen. Als sie wieder auf die Erde aufschlug, prallte sie zurück und traf Hyakinthos an der Stirn. Apollo fing den Knaben in seinen Armen auf. Blut floss aus der klaffenden Wunde, die sich mit heilsamen Kräutern nicht stillen ließ. Das Leben entwich. Der Kopf des Knaben fiel wie eine welke Blume zur Seite.

Apollo klagte: Ach, wäre ich ein Mensch, dass ich mit ihm und für ihn sterben könnte!

Doch sollte Hyakinthos nicht gänzlich sterben. Aus seinem Blut, das die Gräser rot färbte, spross eine Blume hervor, ähnlich eine Lilie, von geheimnisvoller Schönheit. Ihr entwich ein Duft, der Schmerz und Trauer linderte.

Als ich mich an den Abendbrottisch setzte, hatte auch der dritte Stängel seine nun welke Blütentraube geneigt. Nur noch ein schwacher Duft entströmte den Glockenblüten.

Der schmerzvolle Ruf des Gottes Apoll findet ein Echo in dem Christus-Hymnus (Phil.2):

Seid untereinander gesinnt, wie es dem Leben in Jesus Christus entspricht:

Er war Gott gleich,

hielt aber nicht daran fest,

wie Gott zu sein,

sondern entäußerte sich

und wurde den Menschen gleich.

Sein Leben war das eines Menschen,

er erniedrigte sich

bis zum Tod am Kreuz.

Erich Puchta,

Pfarrer i.R. Ellhofen

Das KORRESPONDENZBLATT ist das Blatt seiner Autorinnen und Autoren. Kein Beitrag gibt anderes als deren persönliche Meinung wieder, jeder Beitrag steht zur Diskussion der Leserinnen und Leser. Insbesondere sind die Artikel nicht Meinung des Pfarrerrinnen- und Pfarrervereins oder der Redaktion.

Die Kirche, das Geld und wir

Worum es geht

Die Zahl der Mitglieder sinkt. Austritte sind gar nicht die wesentliche Ursache.¹ Wesentlicher sind niedrige Geburtenraten, niedrige Taufraten, Veränderungen der Familienstruktur. Die Gesellschaft verändert sich. Die Kirche auch. Die regelmäßig durchgeführten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen beleuchten diese Veränderungen. Was müssen wir aktiv verändern, um uns Gestaltungsspielräume zu erhalten?

Die Kirchensteuer wird gewiss eine wichtige Finanzierungsgrundlage bleiben. Sie ist der verlässliche Beitrag der Gemeinde. Wird diese kleiner, sinkt aber schließlich auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kirche. Sich darauf einzustellen, ist eine Herausforderung an eine gute Haushalterschaft. Aber es ist vor allem eine Herausforderung an die Gemeinde: Wie soll die Kirche der Zukunft aussehen?

Über Geld sprechen wir nicht gern in der Kirche. Erstens lesen wir in den Evangelien, dass es Mammon ist und zweitens haben wir es ja... Und wenn es nicht reicht, ärgern wir uns über die kirchliche Verwaltung. Und wenn wir denn doch einmal über Geld sprechen, müssen wir erst einmal über die Kirchensteuer reden. Die passt uns ja irgendwie nicht, denn erstens ist sie Mammon und zweitens überhaupt...

Ich spreche täglich über Geld. Und schäme mich dessen nicht. Schließlich ist es meine Aufgabe als Finanzverantwortlicher, das zu tun. Aber als Begründung reicht das wohl nicht. Geld darf nicht nötig sein, steht unweit meiner Bürotür auf einem Aufkleber. Ja, dann hätten wir keine Probleme. Aber Geld ist nötig. Das ist unabweisbar. Dann aber sollten wir auch unser Verhältnis zum Geld klären, wir in der Kirche.

Mammon

Mammon in biblischer Tradition ist nicht einfach Geld. Es meint Gewinn. Jesus spricht ausdrücklich vom »ungerechten Mammon« – der ungerechten

¹ Beitrag erstmals in Brennpunkt Gemeinde 1/2015 veröffentlicht. Aktualisiert 2016

Herkunft des Geldes². Und dann fügt er an: »Wenn ihr nun mit dem ungerechten Mammon nicht treu seid, wer wird euch das wahre Gut anvertrauen?«³ Wie oft geht es in seinen Worten und Gleichnissen um das Verhältnis zu Gott, um unseren Auftrag. Nicht das Geld an sich unterliegt seiner Kritik, sondern ein falscher Umgang damit. Wir können also über Geld sprechen. Und wir können es getrost verwenden, aber richtig.

Gemeinschaft

»Ich muss nicht in der Kirche sein, um an Gott zu glauben« – so hört man es oft. Natürlich stimmt das, aber es ist nicht richtig: Der christliche Glaube braucht die Gemeinschaft der Gläubigen. Den christlichen Glauben an Gott kann ich nur in der Gemeinschaft wirklich leben, im Austausch miteinander, im Predigen und Hören auf das Wort, in der Solidarität, im Dasein für andere. Ohne Gemeinschaft geht das nicht und ohne Gemeinschaft wäre es wohl nicht viel wert. Eine solche Gemeinschaft nennen wir Kirche. Die Kirche ist geistliche Gemeinschaft und Institution, lebendiges Miteinander, Auftrag und komplexes Handeln. In zweitausend Jahren gestaltet. Mehr als tausend Jahre Christentum in Deutschland. Die Kirche ist gewachsen, ja gewuchert. Sie verknöcherte und wurde wieder und wieder reformiert. Heute, im Jahr 2015, haben wir in der evangelischen Kirche in Deutschland zwanzig Landeskirchen mit 22 Millionen Mitgliedern, 21.000 Kirchengebäuden, fast 8.700 Kindergärten und 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der Folge brauchen wir verlässliche Planungen, Gremien, Verwaltungen – und viel Geld.

Beitrag

Wie kommt die Kirche zu dem Geld, das sie für ihre Arbeit braucht? Die Kirche wird von ihren Mitgliedern getragen: Sie sind es, die die kirchliche Arbeit finanzieren. Das war auch in biblischen Zeiten im Grunde nicht anders. Jesus

² Auch Karl Marx kritisiert nicht das Geld an sich, sondern unterzieht die »Art der Erlangung« durch Aneignung fremder Arbeit seiner Kritik.

³ Lukas 16, 11

zahlte die Tempelsteuer. Er wollte nicht, dass er und seine Jünger als Steuerverweigerer verleumdet würden⁴. Er verteidigte den Zehnten⁵. Und immer wieder mahnt er zum rechten Umgang mit dem Geld. Paulus schließlich veranlasst eine Sammlung für die darbende Gemeinde in Jerusalem. Dabei bittet er: »Ein jeder gebe, soviel er kann«⁶ – daran knüpft auch unser heutiges Leistungsprinzip an. Und er erläutert, wie wichtig es ist, Solidarität zu üben: »So diene euer Überfluss ihrem Mangel, damit auch ihr Überfluss später eurem Mangel diene und ein Ausgleich geschehe.«⁷

Geradezu erschreckend aber ist die Geschichte von Hananias und Saphira⁸, die Petrus über den wahren Wert ihrer Gabe, ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit, belogen hatten und dafür schwer bestraft worden sind.

All das lehrt uns eins: Die Lasten der Kirche mit zu tragen ist nicht beliebig. Es ist verpflichtend für mich. Verpflichtend für den, der zur Gemeinschaft gehört und zu ihr gehören will.

Staat

In der Geschichte der Kirche spielte der Staat immer eine wichtige Rolle. Von den Christenverfolgungen bis zur Staatskirche war es ein weiter, aber beinahe folgerichtiger Weg: Die Mächtigen bemächtigten sich damit der Menschen. Die Reformatoren klärten das Verhältnis von Kirche und Staat. Kirchliche Angelegenheiten sind vom Staat getrennt zu halten. Aber die staatliche Autorität ist für das Zusammenleben der Menschen wichtig⁹. Doch mit dem Wegfall der kirchlichen Macht als weltlicher Macht entstand ein Vakuum – und so kam die Kirche mit den Landeskirchentümern wieder an den Staat. Im Ergebnis dessen bemächtigte sich der Staat teils kirchlicher Güter, die als Gaben der Mächtigen und auch der einfachen Gemeindeglieder der Finanzierung der kirchlichen Arbeit dienten, und übernahm selbst auch die Verantwortung für die Finanzierung der Kirche. Erst als dies endlich zu teuer wurde, wurde die Kirchensteuer erfunden¹⁰. Es ist letztlich der Aufklärung zu danken, dass der Gedanke der Trennung von Kirche und Staat wieder

⁴ Matthäus 17, 24ff

⁵ Matthäus 23, 23

⁶ 1. Korinther 16, 2

⁷ 2. Korinther 8, 14

⁸ Apostelgeschichte 5

⁹ Augsburger Bekenntnis, Artikel 16. Evangelisches Gesangbuch Nr. 808

¹⁰ In Preußen wurde sie 1905 eingeführt.

auf die Tagesordnung der Geschichte kam und in Deutschland (erst in Folge der Novemberrevolution) Eingang in die Weimarer Reichsverfassung von 1919 fand. Der Kirchensteuer (genauer: dem Besteuerungsrecht der Kirchen¹¹) wurde nun eine besondere Rolle zugewiesen: Damit wurde die finanzielle Unabhängigkeit der Kirche vom Staat auch materiell ermöglicht. Die Kirchensteuer ist so geradezu das Siegel auf die Trennung von Staat und Kirche¹².

Dennoch verschiebt das deutsche Verfassungsrecht kirchliche Angelegenheiten nicht hinter die Mauern der Kirchengebäude oder in die Wohnzimmer. Religion ist Privatsache? Ja, weil es eine individuelle Entscheidung ist, eine Religion zu haben. Und nein, weil eine religiöse Gemeinschaft wie andere gesellschaftliche Zusammenschlüsse ein wichtiger Teil einer Gesellschaft ist. Die kirchliche Gemeinschaft gestaltet direkt und durch ihre Mitglieder diese Gesellschaft mit, manchmal geradezu entscheidend. Christlich-jüdische Werte prägen seit Jahrhunderten unsere Gesellschaft und wurden so für den Staat selbst geradezu wertebildend. So stellte der deutsche Verfassungsrichter Böckenförde dazu fest:

»Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.«¹³

Und selbst wer dies vehement ablehnt: Auch dessen Werte dürften letztlich entscheidend von den Zehn Geboten bestimmt sein (allerdings bei Streichung des ersten Gebotes...).

Das Verhältnis des Staates zur Kirche und den Religionsgemeinschaften wird daher verfassungsrechtlich als »fördernd neutral« bezeichnet¹⁴. Das ist folgerichtig: Es ist Aufgabe des Staates, alles, was dem Gemeinwohl dient, zu fördern.

Exkurs:

Eine Besonderheit sind hier die sogenannten Staatsleistungen. Sie sind Ausdruck dessen, dass sich der Staat einst verpflichtet sah, kirchliche Aufgaben

zumindest teilweise zu finanzieren¹⁵. Zur Durchsetzung des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche mit der der Weimarer Reichsverfassung war die Abschaffung solcher Leistungen grundsätzlich erforderlich. Eine konkrete Regelung im Verfassungstext war nicht möglich¹⁶ – stattdessen wurde auf ein noch zu schaffendes Reichsgesetz verwiesen¹⁷. In den Wirren der deutschen Geschichte kam es seither nicht dazu – dies bleibt demzufolge als Aufgabe und Herausforderung an den Gesetzgeber bestehen¹⁸. Die Herausforderung besteht darin, dass eine Ablösung eine Entschädigung bedeutet – regelmäßige Zahlungen¹⁹ aber scheinen bei oberflächlicher Betrachtung dagegen finanzpolitisch günstiger, d.h. billiger, zu sein.

Kirchensteuer

Natürlich gibt es andere Finanzierungsmodelle für die kirchliche Arbeit. Es muss nicht die Kirchensteuer sein. Wir haben sie aber. Sie ist in Deutschland historisch entstanden und hier gut integriert. Die Kirchensteuer ist seit 100 Jahren starke und verlässliche Basis der Kirchenfinanzierung²⁰. Durch die Anknüpfung an die staatliche Steuer folgt sie dem Gedanken des Leistungsprinzips und der gerechten Besteuerung. Sie ist planbar. Die Kosten der Erhebung sind verhältnismäßig günstig. Die Kirchensteuer ermöglicht vor allem eine breite solidarische Finanzierung. Dies ist für volkswirtschaftliche Strukturen und Ansprüche besonders wichtig: Kirche ist so auch dort gut möglich, wo die Ge-

¹⁵ Sie gehen insbesondere auf den sog. Reichsdeputationshauptschluss von 1803 zurück.

¹⁶ Da eine rechtsstaatliche Regelung unter Berücksichtigung einer Reihe von Rahmenbedingungen gewollt war, kam eine ersatzlose Streichung nicht in Frage.

¹⁷ So bis heute im Grundgesetz Artikel 140 als Verweis auf Artikel 138 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung.

¹⁸ Die Kirchen stehen einer Ablösung erklärtermaßen positiv gegenüber.

¹⁹ Die Landeskirchen erhielten 2014 270 Millionen Euro aus den Länderhaushalten.

²⁰ Die Möglichkeit der Erhebung durch den Staat steht allen Religionsgemeinschaften, die anerkannte Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, offen. Damit besteht auch dies auch als Option für muslimische Gemeinden, sofern der Körperschaftsstatus zuerkannt ist. Von der Möglichkeit der Erhebung machen aktuell neben den Landeskirchen und Diözesen weitere 20 meist kleinere freireligiöse sowie jüdische Gemeinden Gebrauch – die Zahl der Mitglieder spielt für dieses Verfahren also keine Rolle.

meinden arm und nicht leistungsfähig sind, ganz im paulinischen Sinne. Vor allem aber schafft sie der Kirche und den Gemeinden eine hohe Unabhängigkeit. Unabhängigkeit etwa von wohlhabenden Gebern, die so keinen unbilligen Einfluss auf die Kirche ausüben können. Die Kirchensteuer ist neutral. Es ist nicht bekannt, wie viel der Einzelne zahlt, aber man kann – der Steuerform sei Dank – darauf vertrauen, dass es fair und gerecht geschieht.

Oft wird unterstellt, dass die Kirchensteuer das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche verletzt. Das ist falsch: Weder der Staat kann damit Einfluss auf die Kirche ausüben, noch kann es etwa die Kirche. Es wird also keine der beiden Seiten in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt oder gar beschädigt. Der Staat wird für diese Dienstleistung vergütet, es geht also auch nicht zu Lasten »des Steuerzahlers«²¹.

Einer der häufigsten Einwände gegen die Kirchensteuer aber ist der, dass die Kirche über sie »Zwang« ausübe. Steuerrechtlich ist sie eine Steuer – also tatsächlich mit einer hohen Verbindlichkeit ausgestattet. Diese Steuer beruht aber auf dem Mitgliedschaftsrecht: Die Kirchensteuer ist der finanzielle Beitrag der Mitglieder für die Kirche²². Dieser Beitrag ist so verbindlich, wie es der Mitgliedsbeitrag in einem Verein ist. Wenn man sich entscheidet, dazu zu gehören, entscheidet man sich auch, die finanziellen Lasten mit zu tragen. Für Menschen, die als Kind in die Kirche hinein getauft worden sind, heißt das, dass sie sich als Erwachsene dazu konkret verhalten und entscheiden müssen. Glauben ist immer konkret. Ein Kirchenaustritt ist eine Entscheidung, die oft mit dem Hinweis auf die Kirchensteuer begründet wird. Das ist so richtig, wie es falsch ist – ist es doch immer eine Entscheidung, der die Überlegung zu Grunde liegt, dass diese Kirche, diese Gemeinde, etwa das Geld nicht wert ist, das man dafür zahlt. Eine immer mal wieder auftauchende Diskussion, dass die Abschaffung oder Minderung der Kirchensteuer Austrittsprobleme lösen würde, halte ich für die Ursache am falschen Ende gesucht. Wenn Menschen

²¹ 2–4 % der Kirchensteuern behält der Staat für den Verwaltungsaufwand ein (2014: 349 Millionen Euro ev./kath.); dies ist mehr als ausreichend, diesen Aufwand zu decken.

²² Darum gehen Überlegungen eine sog. »Kultursteuer« nach italienischem Modell (otto per mille) einzuführen, vom Ansatz her fehl: dies ist eine staatliche Steuer und kein Mitgliedsbeitrag.

sich von der Kirche abwenden, hat es immer inhaltliche Gründe; Geldfragen sind nur der Anlass²³. Entscheidend – neben dem persönlichen Glauben – ist letztlich immer, wie Kirche – das ist ja vornehmlich die Gemeinde vor Ort! – erlebt wird, welche Beziehung also besteht oder bestehen kann²⁴.

Verantwortung

Die positiven Möglichkeiten der Kirchensteuer bergen jedoch auch Gefahren: Wenn es selbstverständlich zu sein scheint, dass Geld eben da ist, kann leicht der Bezug zum Geber verloren gehen. Nun kann kein Geld der Welt eine lebendige Gemeinde schaffen – aber ein verantwortlicher und transparenter Umgang damit ist eine wichtige Voraussetzung für das Bewusstsein, dass die Gemeinde es ist, die Gemeinde ermöglicht. Es gilt, was seit alters in den Verwaltungsordnungen postuliert ist: »Die Kirche bedarf zur Erfüllung ihrer Aufgaben einer gesicherten und geordneten finanziellen Grundlage. Die hierfür benötigten Mittel müssen von den Gliedern der Kirche durch ihre Arbeit aufgebracht werden. Ihnen ist die Kirche daher dafür verantwortlich, dass diese Mittel nach den Grundsätzen größter Sorgfalt und gewissenhafter Sparsamkeit verwendet werden.«²⁵ Dazu braucht es dann auch entsprechende Strukturen. An sich sind die Voraussetzungen in der evangelischen Kirche dafür sehr gut: Entscheidungen treffen Synoden, Kreiskirchenräte und Presbyterien, niemals einzelne Entscheidungsträger. Aber je weiter weg Entscheidungen von der Gemeinde gefällt werden, desto mehr neigt dies zur Entfremdung. Es wird eine künftig noch bedeutsamere Aufgabe sein, die Möglichkeiten der Gemeinde, Verantwortung unmittelbarer wahrzunehmen,

23 Umso fataler ist es, wenn Kirche zu solchen Überlegungen Anlässe gibt: Einen unverantwortlichen Umgang mit anvertrauten Heimkindern etwa in der Vergangenheit oder durch mangelnde Kommunikation bei bedeutenden steuertechnischen Änderungen wie bei der Einführung der automatisierten Abführung der Kirchensteuer auf Kapitalertragssteuer – oder durch schlechtes und liebloses Handeln.

24 Erstaunlicherweise besteht für viele Mitglieder geradezu ein Charme darin, Kirche als Dienstleister zu haben, also nur Bedarf in Anspruch zu nehmen und so durchaus im Alltag eine gewisse Akzeptanz zu leben.

25 Anweisung für die Haushalts- und Kassenführung in der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union. 1934.

zu stärken. Eigenverantwortung ist eine wichtige Grundlage für eine aktive Gemeinde.

Reichtum

Die Päpste Benedikt XVI. und Franziskus fordern nachhaltig eine »arme Kirche«. Das klingt überzeugend, ist doch die vorrangige Option für die Armen ein wesentliches Anliegen kirchlichen Handelns. Was eine arme Kirche ist, ist leicht vorstellbar, wenn man etwa in viele Kirchen des Südens blickt. In armen Gesellschaften ist eine Kirche auch arm. Ist sie nun in reichen Gesellschaften reich? Fünf Milliarden Euro an Kirchensteuern²⁶ sind viel Geld. Aber verglichen mit der jährlichen Tabaksteuer in Deutschland (14 Milliarden Euro) eher nicht. Und im Vergleich zu den Kirchensteuereinnahmen des Jahres 1994 (4,3 Milliarden Euro) ist es sogar weniger geworden: Durch den Kaufkraftverlust schrumpfen diese fünf Milliarden auf etwa 3,8 Milliarden Euro – gemessen daran, was man sich im Jahr 1994 dafür hätte leisten können. Trotzdem: Macht uns die Kirchensteuer reich? Ja, sie schafft uns eine verlässliche Basis für unsere Arbeit – um eine solche gute Basis sind wir wahrhaft zu beneiden. Und nein, wenn man sich verdeutlicht, was alles damit geleistet wird! Entscheidend ist ja nicht die Menge des Geldes, sondern das, was man mit dem Geld macht, wozu es dient. Verantwortlicher Umgang mit Geld ist und bleibt daher das entscheidende Kriterium für unser Tun. Damit sind wir bei einem weiteren Baustein guter kirchlicher Finanzwirt-

26 Evangelische Kirche 2014

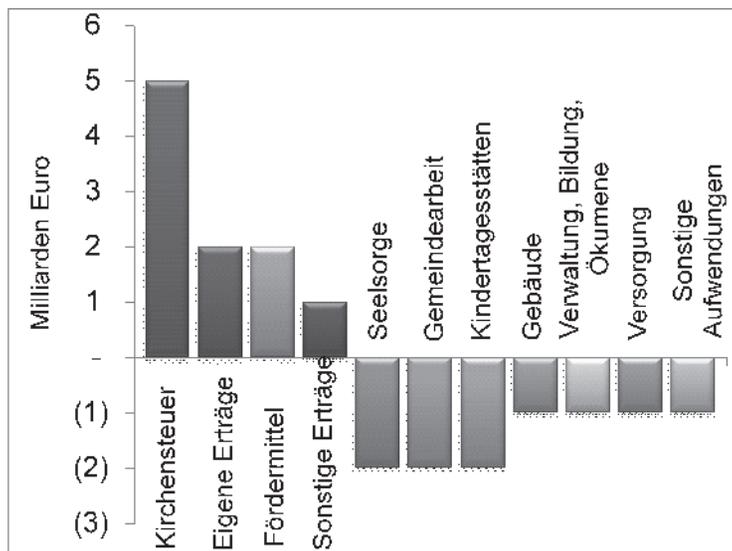
schaft: der Transparenz. Man muss dem sprichwörtlichen Mann auf der Straße erklären können, was die Kirche mit ihrem (seinem!) Geld tut. Und: Man muss nicht warten, bis er fragt. Informationen über den Umgang mit kirchlichem Geld und kirchlichen Inhalten sind eine Bringepflicht²⁷.

Handeln

»Die bezahlen doch mit dem Geld nur ihr eigenes Personal...« Das ist ein gelegentlich gehörtes Argument gegen Kirche und Kirchensteuer. Wieso eigentlich? Etwa 90 % der Kosten des Pfarrdienstes beruhen darauf (das übrige wird vornehmlich aus zweckgebunden Erträgen, etwa dem Pfarrland, finanziert), 100% der Kirchenmusiker, 10% bis 40% der Mitarbeiterinnen in den Kindertagesstätten (das Weitere kommt aus kommunalen und Elternbeiträgen). Gut eine Milliarde Euro wird jährlich für Erhaltung und Betrieb kirchlicher Gebäude aufgewandt. Ist das alles nur für die Kirche selbst? Es ist für das kirchliche Handeln. Dafür, was kirchlicher Auftrag ist, den Menschen zu helfen, christlich zu leben und getröstet zu sterben (Axel Noack). Dafür wird das Geld vollkommen zu recht ausgegeben. Wie aber finanziert sich die Diakonie? Diakonisches Handeln schuf einst²⁸ den Grundstein für den modernen Sozialstaat. Die Diakonie ist noch heute ein

27 Die Internetseiten der EKD unter www.kirchenfinanzen.de werden monatlich etwa 40.000 mal abgefragt.

28 So rief etwa Johann Hinrich Wichern 1848 auf dem Kirchentag in Wittenberg zu „Werken rettender Liebe“ auf und begründete die Diakonie als Innere Mission.



Kirchenfinanzen: Mittelherkunft- und Mittelverwendung für die evangelische Kirche insgesamt (Strukturübersicht auf der Basis der Finanzstatistik 2005)

wesentlicher Teil der Wohlfahrtspflege in unserem Land. Deren Handeln wird im Wesentlichen aus ihren eigenen Leistungen z.B. von den Krankenkassen refinanziert. Mit knapp fünf Milliarden Euro an Kirchensteuern wären die etwa 30 Milliarden, die dafür nötig sind, auch kaum zu bewältigen.

Zukunft

Wie soll die Kirche der Zukunft aussehen? Man muss das nicht mit Sorge betrachten, sondern mit Zuversicht. Gottes Gemeinschaft wird es immer geben. Es kommt darauf an, sie zu gestalten. Das Geld hat eine dienende Funktion. Diese zu entwickeln ist eine stete Aufgabe. Eine Aufgabe, die Phantasie erfordert und Glaubenszuversicht. Das ist wichtiger als Geld.

*Thomas Begrich, OKR i.R.,
Hannover*

Aussprache

Da war doch was: Der Papst und der Islam

Es war in der Nebenkammer des Gedächtnisses abgelegt: Papst, Islam, Brüskierung – so ungefähr hatte ich es abgespeichert. Bei meinem Blättern in der Vergangenheit stieß ich wieder darauf: Vor zehn Jahren war das. Heute würde mein Gedächtnis ein paar andere Karten speichern. Zehn Jahre später erscheint manches in anderem Licht.

Im November 2006 reiste Papst Benedikt XVI. in die Türkei. Die Reise war eine Art friedensstiftende Maßnahme, denn zwei Monate zuvor hatte seine Rede an der Universität Regensburg für Aufruhr in Teilen der islamischen Welt gesorgt. Einer der aufgeregtesten Muslime damals war Recep Erdogan, der türkische Ministerpräsident. Der Papst hatte sich zwar entschuldigt, Erdogan lehnte es dennoch ab, sich mit ihm zu treffen – sein Terminkalender sei zu voll. Dass Benedikt auch als Staatsoberhaupt kam, spielte keine Rolle.

Medial war das für Erdogan, der noch nicht über die Macht wie heute verfügte, ein Eigentor. Diesmal empörte sich die westliche Welt. Vor zehn Jahren schien dies noch eine Rolle zu spielen, denn Erdogan schwenkte um und traf sich doch noch – allerdings ohne protokollarischen Prunk – mit Benedikt. Anschließend schöpfte er den Rahm ab, indem er verkündete, der Papst wünsche den Beitritt der Türkei zur EU.

Benedikt war für eine solche politische Positionierung zu diplomatisch. Es ist auch nicht die Aufgabe des Gesprächspartners, den anderen zu interpretieren. Entsprechend reagierte die westliche Presse, Erdogan habe Benedikt sehr eigenwillig ausgelegt und der Papst verstehe sich keineswegs als politischer EU-Berater.

Allerdings hing Benedikts Besuch mit den Folgen seiner Regensburger Rede zusammen. Moslems hatten sich echauffiert, dass er den Islam in einen Zusammenhang mit Blutvergießen gebracht hätte. Er habe den Islam als Religion der Gewalt diffamiert. De facto – ich habe seine Rede noch einmal nachgelesen – stellte er diesen Zusammenhang durch ein Zitat her: Ein anderer, ein mittelalterlicher Herrscher habe sich so geäußert. Benedikt wollte herausarbeiten, wie die Religion mit Vernunft umzugehen habe.¹

Aus heutiger Sicht wirkt das Missverstehen dieses Papstes² fast schon vorsätzlich. In den letzten zehn Jahren allerdings haben sich »religiöse« Missverständnisse und vor allem Verletzungen gehäuft. Manchmal hat man den Eindruck, Verletzungen religiöser Gefühle würden geradezu gesucht. Für christlich-islamische Kontakte ist dies pures Gift, nicht nur im religiösen, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich. Wenn wir im kommenden Jahr das Reformationsjubiläum ökumenisch begehen, steckt darin auch die tiefe Erkenntnis, dass, wer Frieden will, auch mit Verletzungen konstruktiv umgehen muss – wenn er es ernst meint.

*Dr. Volker Schoßwald,
Schwabach/Nürnberg*

¹ Die Rede war nicht besonders lang. Sie lässt sich leicht im Internet bei seriösen Quellen finden. Den Zusammenhang mit seinem Schwerpunkt »Vernunft und Glaube« kann ich hier nicht nachzeichnen.

² In seiner Funktion als Vorsitzender der Glaubenskongregation galt er als scharfer Hund. Seine de facto religiös abwertenden Äußerungen über die evangelische Kirche als Papst kennzeichnen ihn keineswegs als ökumenischen Friedensstifter. Gerade bei diesem Papst muss man schon genau hinschauen.

Mündigkeit ernst nehmen

zu »Entwicklung oder Abwicklung...«

in Nr. 10/16

Grundsätzlich stimme ich Herrn Ambrosy zu, dass die gegenwärtigen Austritte zwar momentan nicht zu stoppen sind, dies aber keineswegs bedeutet, dass die Kirche keine Zukunft hat. Die Zukunft ist offen und kann von uns sehr wohl positiv beeinflusst werden. Ich möchte das Thema von einer anderen Seite her beleuchten.

Die Geschichte der Kirchen bei uns, ist Teil der Geschichte der modernen westlichen Gesellschaften. Diese Gesellschaften haben nach der Phase der Unmündigkeit, die Phase des Mündigwerdens erreicht. Wir kennen das aus der Entwicklung des einzelnen Menschen, wo auf die Kindheit die Pubertät folgt. Pubertät und Mündigwerden heißt immer: Infragestellung von Autoritäten und Dogmen der Eltern und notwendige Ablösung.

In den abendländischen Kulturen ist das Christentum und die Kirche Teil der »elterlichen Autorität«. Das ist ein wesentlicher Teil unserer Herkunft. Dass die Kirche in dieser Phase der gesellschaftlichen Entwicklung einen hohen Preis durch Austritte zahlen muss, ist schmerzlich, aber unvermeidbar. Nachdem die Pubertät in der Aufklärung in den obersten Bildungsschichten begonnen hat, hat sie in unserer Zeit die Unterschicht erfasst. Dies zeigt sich in den niveaulosen Politikerschmähungen im Internet, bei AfD- und Pegida Demonstrationen.

Aber Pubertät und Mündigwerden sind eine Phase der Entwicklung. Danach kommt beim Menschen die Phase von Mündigkeit und Verantwortung. Der junge Mensch übernimmt Verantwort-

tung im Beruf und gründet eine Familie und übernimmt für sie Verantwortung. In dieser neuen Phase verändert sich auch der Blick auf die eigenen Eltern. Der junge Mensch, der jetzt selbst in Verantwortung steht, versteht seine Eltern viel besser und beginnt Dinge zu übernehmen, die die Eltern sehr gut gemacht haben. Oft holt er sich auch Rat bei den Eltern.

Wenn die modernen westlichen Gesellschaften die Pubertät hinter sich lassen, dann bietet sich für Kirche und Christentum durchaus die Chance, die Menschen zurückzugewinnen.

Was ist dafür nötig? Mündig werden bedeutet: Ich will ernst genommen werden und ich will bestimmen. Jesus hat Menschen sehr ernst genommen und ist uns hier ein tolles Vorbild.

Es gibt auch in unserer Kirche Schritte in die richtige Richtung: Dass alle Christen nun schon zum zweiten Mal bei einer

Änderung der Kirchenverfassung nach ihrer Meinung gefragt werden, nimmt sie als mündige Personen ernst. In dieser Richtung muss sich unsere Kirche weiterbewegen.

Eine Kirche, in der alle Macht bei einer kleinen Kirchenelite liegt, die zwischen 0,1–0,4% der Christen ausmacht, hat in einer mündig werdenden Gesellschaft keine Zukunft. Wer sich heute engagiert, der will auch mitbestimmen und nicht nur zuschauen, wie andere entscheiden.

Daran, dass wir jedem Christen das Synodalwahlrecht geben, wird auf Dauer kein Weg vorbeigehen. Schon heute haben sich unsere Gemeinden grundlegend verändert: Wir haben in der Regel mehr Mitarbeitende als Gottesdienstbesucher in unseren Gemeinden. Die Mündigkeit und die Verantwortungsbereitschaft unter Christen hat enorm zugenommen. Die heute keine Verantwortung

übernehmen, sondern nur eine Predigt anhören wollen, sind längst in der Minderheit. In einer mündigen Gesellschaft wird es nicht mehr funktionieren, dass Mitarbeitende zwar ihre Zeit und Kraft einsetzen dürfen, aber andere die Entscheidungen treffen. Wer tüchtig ist, wird dann die Kirche verlassen und sich ein Betätigungsfeld suchen, wo er oder sie ernster genommen wird und mehr Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten hat.

Der Schatz der Kirche, das sind die Menschen mit ihren vielen wunderbaren Gaben. Und der Schatz der Kirche ist Jesus, ihr Herr. Zukunft hat die Kirche, wenn sie nicht, wie der Großinquisitor bei Dostojewski, die Sache selbst in die Hand nimmt und Jesus zum Störenfried erklärt, sondern wenn sie sich von dem lebendigen Herrn Jesus Christus zu rechtweisen, senden und führen lässt.

Gerhard Stintzing, Pfarrer in Selbitz

Regionaltagungen 2017

für die Vertrauenspfarrerinnen und Vertrauenspfarrer in den Kirchenkreisen

Kirchenkreis Ansbach / Würzburg

Montag, 23.01.2017

Organisation:

10.00 Uhr in 97318 Kitzingen, Hindenburgring Nord 8, Paul-Eber-Haus Schulhof 1 (Wegbeschreibung wird der Einladung beigelegt).
Pfarrer Uwe Bernd Ahrens, Schwarzacher Str. 11, 97318 Kitzingen
Tel. 09321- 80 28, e-mail: dekanat.kitzingen@elkb.de

Pfarrer Tenberg

Kirchenkreis Augsburg

Montag, 13.03.2017

Organisation:

10.00 Uhr, 86150 Augsburg, Frölichstr. 17, »das hotel am alten park«. Ausfahrkarten für »Parkgarage im Diako« (Einf. Burgkmairstraße) und das Bahnhofsparkhaus (Einfahrt Halderstraße) für 5€ (Diako) bzw. 7€ (Bahnhof) an der Rezeption erhältlich.
Geschäftsstelle des Pfarrer- und Pfarrerinnenvereins
Tel. 0821- 56 97 48 10, e-mail: info@pfarrerverein.de

Pfarrerinnen Hektor

Kirchenkreis Bayreuth

Dienstag, 07.03.2017

Organisation:

10.00 Uhr in evang. Kirchengemeinde, 96328 Küps, Pfarrweg 6,
Pfarrer Friedrich Seegenschmiedt, Tel. 09264 - 8 02 47
e-mail: kueps-evangelisch@t-online.de

Pfarrer Tenberg

Kirchenkreis München

Montag, 23.01.2017

Organisation:

10.00 Uhr in 80333 München, Katharina-von-Bora-Str. 7-13, Landeskirchenamt
Geschäftsstelle des Pfarrer- und Pfarrerinnenvereins
Tel. 0821 - 56 97 48 10, e-mail: info@pfarrerverein.de

Pfarrerinnen Hektor

Kirchenkreis Nürnberg

Dienstag, 14.03.2017

Organisation:

10.00 Uhr in 90443 Nürnberg, Alemannenstr. 40, St. Markus Kirche
Pfarrerinnen Silvia Wagner, Alemannenstr. 40, 90443 Nürnberg
Tel. 0911 - 41 34 73, mail: silvia.wagner@sanktmarkus-nuernberg.de

Pfarrer Tenberg

Kirchenkreis Regensburg

Montag, 13.02.2017

Organisation:

10.00 Uhr in 93049 Regensburg, Liskircherstr. 17/21, Haus des Regionalbischofs
Pfarrerinnen Dr. Bärbel Mayer-Schärtel, Dietrich-Bonhoeffer-Str. 27, 93055 Regensburg
Tel. 0941 - 70 39 91, e-mail: b.mayer-schaertel@gmx.de

Pfarrerinnen Hektor

Für alle Regionaltagungen werden die Einladungen zu gegebener Zeit an die Vertrauenspfarrerinnen und -pfarrer versandt. Die Rückmeldungen erbitten wir an die Geschäftsstelle des Pfarrer- und Pfarrerinnenvereins!



Gymnasialstipendienstiftung: Dank und Abschied

Der Stiftungsrat der Gymnasialstipendienstiftung hat Pfarrer Dr. Benedikt Bruder zum 1. Vorsitzenden gewählt. Sein Vorgänger ist Dekan em. Gottfried Schoenauer, dem für sein Engagement herzlich gedankt wurde.

Mehr als 30 Jahre hat er die Geschicke der »Gymnasialstipendienstiftung« geleitet, die – gegründet im Jahre 1890 – »armen, strebsamen Gymnasiasten« den Weg ins Theologiestudium und ins Pfarramt mit einem Stipendium erleichtern sollte. Die Stiftung stammt noch aus einer Zeit, in der der frühe Tod des Vaters für die Kinder den Weg an die Hochschule fast unmöglich machte. Doch diesem Zweck fühlt sich die Stiftung auch heute noch verpflichtet.

Stipendienanträge

Studienanfänger, die eben das Theologiestudium mit dem Ziel »Kirchliches Examen« in Bayern oder Evang. Theologie für Lehramt an Gymnasien in Bayern begonnen haben, können noch für dieses Semester einen *Stipendienantrag* einreichen an

Pfarrer Dr. Benedikt Bruder
benedikt.bruder@elkb.de
oder

die 2. Vorsitzende Dr. Ursula Leipziger
uLeipziger@web.de.

Der Antrag (ausschließlich per Email) sollte ein Motivationsschreiben, Angaben zur persönlichen finanziellen Situation, sowie ein Empfehlungsschreiben (von Gemeindepfarrer/in, Religionslehrer/in oder Dozent/in) umfassen.

Spenden oder Zustiftungen

Die Stiftung war in den vergangenen Jahren im Rahmen der Ökumenischen Stiftungsinitiative beim Ökumenischen Stiftungstag und bei den Nürnberger

Stiftertagen präsent. Wer sich überlegt, durch Spenden oder Zustiftungen auf diese Weise zukünftigen Theologinnen und Theologen den Start zu erleichtern, kann weitere Informationen anfordern bei:

Armin Langmann,
Pfarrer & Fundraisingmanager FA.
Stuttgarter Str. 33
90449 Nürnberg
Tel.: 0911 - 23 95 62 14

Mail: al@nikodemuskirche-nbg.de
*Armin Langmann, Kassier der
Gymnasialstipendienstiftung*

Christliche Begegnungstage in Budapest/ Ungarn

Kaum einer kennt wohl die »Christlichen Begegnungstage.« Das Ökumenereferat der ELKB hatte zum Besuch der Begegnungstage vom 7.-10. Juli eingeladen, 44 waren aus Bayern dabei. Entstanden sind sie 1991 in Görlitz. Die evangelischen Christen der Stadt nützten die neue Bewegungsfreiheit zu einem regionalen kirchlichen Treffen mit den evangelischen Christen auf der anderen Seite der Oder. Ihr Ziel war, dass sich die evangelischen Christen aus den mittel- und osteuropäischen Kirchen¹ zum Hören des Wortes Gottes treffen, um die lebendige Gemeinschaft als protestantische Gläubige im Gottesdienst zu feiern, Bibelarbeiten zu hören, Musik zu machen, zu singen und an einer Vielzahl von Veranstaltungen mit kirchlichen, diakonischen und gesellschaftlichen Themen teilzunehmen. So wollten sie das Gespräch zwischen den Generationen und Völkern ermöglichen und Mut machen, mit der christlichen Botschaft in der Öffentlichkeit und in der Welt zu leben.

¹ Evangelische Kirche A.B. in Österreich; Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder; Schlesische Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses; Evangelische Kirche A. B. in der Slowakei; Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern; Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen; Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland; Evangelisch-Lutherische Kirche in Rumänien; Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn; Reformierte Kirche in Ungarn; Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa; Evangelisch-Augsburgische Kirche in der Republik Polen; Reformierte Christliche Kirche in der Slowakei

Die Begegnungstage haben sich zu einer Art Kirchentag der evangelischen Diasporakirchen in Mitteleuropa entwickelt. Diese protestantischen Kirchen stärken sich durch die Gemeinschaft mit anderen Christen als Christen in der Gesellschaft. Seit 2005 fanden im Turnus von drei Jahren Begegnungstage in Prag, Bratislava/ Pressburg, Dresden, Wroclaw/Breslau und 2016 in Budapest statt.

Begegnungsort in Budapest war das Gelände der Universität im Stadtteil Buda mit der Dornhalle in unmittelbarer Nähe der evangelischen Diakonievereinrichtungen. Als Übernachtungsmöglichkeiten boten sich Hotels und Studentenheime in der Nähe an, denn die ungarischen Studenten hatten schon Ferien. Verpflegung wurde im Essenszelt vor der Dornhalle ausgeteilt, um die sich der Markt der Möglichkeiten und die Erfrischungsstände gruppierten.

Was los war

Die »Christlichen Begegnungstage« werden von den Kirchen des einladenden Landes ausgerichtet. Sie haben missionarischen Charakter und ermöglichen Glaubensstärkung und einen Austausch über religiöse, kirchliche und sozialgesellschaftliche Fragen, aktuelle Themen der Zeit, Gesellschaft und auch der Kirche des gastgebenden Landes. Die Treffen ermöglichen auch Begegnungen mit den Partnerkirchen in guter Atmosphäre.

Die Tage in Budapest wurden von der biblischen Losung »Ihr seid das Salz der Erde« bestimmt. So wurden die Gäste schon mit Brot und Salz empfangen. Der biblische Satz erwies sich als Zuspruch und Anspruch an die Gläubigen. Er wurde in den Bibelarbeiten, Gesprächsforen, Workshops und den Bischofsforen verhandelt.

Bewusst wurde auch an das bevorstehende 500-jährige Reformationsjubiläum 2017 erinnert, für das die sächsische evangelische lutherische Landeskirche mit Broschüren und Büchern warb. Was 1517 mit der Glaubenserkenntnis Dr. Martin Luthers begann, wurde durch Studenten in die Länder Mitteleuropas getragen und veränderte die Welt durch die biblische Aussage der Freiheit eines Christenmenschen aus dem Glauben an Gott. Die Kraft des biblischen Wortes konnte in den protestantischen Gemeinde Mitteleuropas trotz Unterdrückung, Diktatur und Verweltlichung nicht an den Rand gedrängt werden. Sie

prägte kirchliche und soziale Formen in der Öffentlichkeit aus.

Der leitende ungarische evangelische Bischof Peter Gancs sprach im Vorwort des Tagungskatalogs den Wunsch aus »...dass wir in Aufmerksamkeit auf unseren Herrn und in der Bereitschaft, voneinander zu lernen gestärkt werden, und damit unsere gemeinsame Sendung erfüllen. Beten wir, dass wir wirklich zum Salz der Erde, oder wenigstens des manchmal schon seinen Geschmack verlorenen Kontinents Europas werden können.«

Die Teilnehmenden konnten aus dem für die Tagung gedruckten Liederheft singen. Die Bibelarbeiten² wurden in den Räumlichkeiten der Dornhalle in der Landessprache abgehalten.

Die Veranstaltungsforen in der Dornhalle und im nahen Universitätsgebäude versuchten inhaltlich die Wechselwirkung des Tagungsthemas »Gemeinsame Begegnung: Salz der Erde« mit dem Leben und der Welt durch verschiedene Aktivitäten der Diakonie wie auch der Musik, des Tanzes, der Gastronomie und Wissenschaft aufzuzeigen. So wurden alle drei Bereiche des Menschen angesprochen: Körper, Geist und Seele.

In weiteren Veranstaltungen wurde das Thema »Integration der Flüchtlinge« durch die Diakonie vorgestellt und ihre konkreten Möglichkeiten und Wirklichkeiten aufgezeigt. Auch die religiösen Themen:

- Glaube oder soziale Aktion
- missionarisches Wirken in der Gegenwart
- ethische Fragen des Fötuslebens
- Christenverfolgung
- Bildungsnetzwerke
- das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Ortsgemeinde
- Lutherische Spiritualität
- das Evangelium nach Luther
- Kraft des Segens: Gott ist der Handelnde
- christliche Pädagogik

wurden von der Losung her durchdacht. Konkret wurde es in Foren, in denen staatliche Vertreter mitwirkten, z.B. über die Familie und die Arbeitsbedingungen im Ausland, Flüchtlinge und Gesetz. Die Tagung zeigte, dass das Zusammenwirken von Staat und Kirche in gesellschaftspolitischen Fragen notwendig ist. Einen großen Raum nahmen

² Freitag: Bischof Dr. C. Rentzing: Daniel 2; Bekenntnis zu Gott und der anderen; Samstag: Bischof Janos Szemer: Sacharja 4, die Kraft Gottes und der anderen

Darbietungen geistlicher Musik und die Jugendkonzerte ein.

Gerade in den Foren wurde versucht, die Verwirklichung der christlichen Werte Wahrheit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Freiheit, Barmherzigkeit in der Praxis des öffentlichen und sozialen Leben zu erörtern. Es ging vor allem um die Konkretion der oft gebrauchten und manchmal entleerten theologischen Begriffe Nächstenliebe, Fremde aufnehmen, christliche Freiheit im christlichen Glaubensleben. Die »praxis pietatis« sollte praktisch und nützlich für den Menschen sein.

Mit Spannung wurde das Bischofsforum zur Rolle der Kirchen in Ostmitteleuropa wahrgenommen. Es wurde zu ihrer Veränderung und Erneuerung und auch über ihre Rolle als Minderheitskirchen und als Salz in der Gesellschaft gesprochen. Auch die Frage »Wohin gehen sie?« versuchte man zu beantworten. Über ihre Sorgen und Freuden berichteten die Bischöfe Peter Gancs, Zoltan Adorjani, Milos Klatik, Dr. Heinrich Bünker, Dr. Carsten Rentzing, Daniel Zenaty und Dr. Markus Dröge. Grundtenor: Die Kirche ist weiter Salz der Erde im Rahmen der staatlichen Möglichkeiten. Ihre Botschaft von der befreienden Macht des Evangeliums wird beachtet. Die evangelische - und reformierte Kirche unterhalten Gymnasien in Budapest und im Land.

Gerade das Bischofsforum verdeutlichte, dass die christliche Botschaft von der Erlösung durch Jesus wie auch die christlichen Werte als Relationswerte für das gesellschaftliche Leben eine Bereicherung für das Dasein in der Welt seien. Sie geben den Menschen Orientierung und Lebenssinn.

Auch die Frage: »Gehört der Islam zu Europa?« wurde verhandelt. Der Bischof der österreichischen Kirche konnte an ein Gesetz der k.u.k. Monarchie aus dem Jahre 1912 erinnern, das den Islam zum Teil des österreichischen Staates erklärte.

Gerade das Forum mit den Bischöfen bemühte sich um eine Klärung des Verhältnisses von Staat und Kirche in einer demokratischen, pluralen und technischen Welt. Können die Kirchen das Gewissen des Staates sein? Oder werden sie von einer gewissen sozialen Rolle bestimmt? Die Antwort hängt vom Selbstverständnis beider ab. Der Staat regiert durch Gesetz und Verordnungen und verlangt Gehorsam. Die Kirche wird bestimmt durch das Wort Gottes. Beiden, Staat und Kirche, geht es um das

Wohlergehen ihrer Menschen. Die Kirchen beachten die persönlichen Sorgen und Nöte der Menschen vor allem die Gewissenfreiheit des einzelnen wie die christlichen geprägten ethischen Werte im Zusammenleben der Menschen. Gerade in diesem Punkt macht sich die Kirche in Konfliktfällen zum Gewissen des Staates in Zeiten der Diktatur. Klar war das Votum der Bischöfe: Die Kirche hat je nach Möglichkeiten für eine verantwortliche Gewissenfreiheit der Gläubigen im Sinne von Acta 5, 29 einzutreten

In einem Dialogvortrag diskutierten Professor Dr. Heinrich Bedford-Strohm als Landesbischof und Ratsvorsitzender der EKD mit dem ungarischen Minister für Human Resources, Zoltan Balog, über die Reformation und die Zukunft der Kirche in Mitteleuropa und über ethische Fragen in einer Welt. Kontrovers war der Begriff »Nächstenliebe« als Ethik der Erfüllung oder als Ethik der Berücksichtigung der Konsequenzen. Die Antwort wurde am Beispiel der Flüchtlingsfrage diskutiert. Der ungarische Minister, reformierter Christ, machte deutlich, wie komplex sich die Flüchtlingsfrage zeigt und wie der Staat zu entscheiden hat. Sie kann nicht ohne weiteres mit dem Begriff der »Nächstenliebe« beantwortet werden. Auch Bedford-Strohm verwies auf die ethischen Konsequenzen für die Integration der Flüchtlinge, die die Landessprache zu erlernen und auch Arbeitsplätze zu bekommen haben. Ohne weiteres kann das Kontingent der Flüchtlingszuteilung in den Ländern der Europäischen Union wegen ihrer Selbständigkeit nicht umgesetzt werden. Deshalb gilt es, auf einander zu hören, um eine verträgliche Lösung im europäischen Kontext zu finden. Von daher wird die Flüchtlingsfrage eine Zukunftsfrage bleiben. Sie haben in diesem Punkt Solidarität zu zeigen. Der Abschlussgottesdienst wurde von einer symphonischen Choraufführung umrahmt. Die deutsch gehaltene Predigt legte den Tagungslosung »Ihr seid das Salz der Erde« aus. Christen dürfen Salz der Erde im positiven Sinne sein, um den Lebensgeschmack in der Welt zu bestimmen.

Es war eine gelungene und informative Veranstaltung.

*Dr. Horst Jesse, Pfarrer i.R.,
München*

Liebe Leserin, lieber Leser!

Lesen bildet. Wer gebildet ist, liest freilich auch zwischen den Zeilen. Das zieht Diskussionen nach sich: Weil man das »weder geschrieben, gesagt noch gemeint« habe. Warum man denn so misstrauisch sei? Das ist besonders bei irchens ein Totschlagargument – wo wir doch alle Geschwister sind....

Der letzte Brief der Synodalpräsidentin informiert über manches, was man als Pfarrern oder KirchenvorsteherIn eigentlich längst wissen sollte. Schön, dass wenigstens die LeserInnen dieser Briefe vor der Synode schon wissen, was kommen könnte! Dass die Präsidentin ins Ausland reist und unsere Kirche vertritt: Gut! Wer die Welt nicht kennt, urteilt über unsere Probleme fast immer provinziell (oder populistisch wie die AfD). Gut auch, dass unsere Kirche sich nicht nur in Bischöfen repräsentiert sieht. Zwischen den Zeilen steht, dass ihr Amt wirklich kein Ehrenamt mehr sein kann.

Zwischen den Zeilen sollte man aber auch weiter lesen. Mag es heute wie eine Untugend eines ewig Misstrauischen angesehen werden, wer vertrauensvoller ist, könnte später, wenn er oder sie sich bei manchen Entscheidungen übergangen fühlt, zu hören bekommen, »Man habe es doch gesagt und alle hätten es lesen können.«

»Kirchliche Arbeit wird zukünftig sehr viel stärker in Räumen geplant werden müssen. Es wird verstärkt Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams geben. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, in klarer Profilierung der Berufsgruppen und der Zuständigkeiten Doppelungen und Reibungsverluste abzubauen.«

Ach, die deutsche Sprache – Sätze ohne handelndes Subjekt geben so viel Raum... Wird hier nicht nur die Ausdünnung kirchlicher Versorgung beschrieben? Natürlich können wir nicht mehr in Gemeinden allein denken – nur wissen und machen das viele schon sowieso. Wem also soll was mitgeteilt werden und wer wird es tun? »Kirche der Freiheit« grüßt – ein Papier, das von keiner Synode beschlossen wurde und von einigen seiner Väter inzwischen relativiert wird, das dennoch das Handeln seitdem bestimmt. Ist in Gebieten, in denen es aus Not

schon lange so ist, erwiesen worden, dass Kirchenbindung an eine Region ebenso funktioniert wie bei Gemeinden? Oder sind wir nur in derselben Not wie z.B. Mecklenburg?

»Multiprofessionelle Teams« – das wäre was für ländliche Gemeinden. Aber vielleicht waren die ja nicht gemeint? Pfarrstellen umwandeln, wenn man sie nicht mehr besetzen kann, in Stellen für GemeindepädagogInnen, DiakonInnen usw.?

»Außerdem wird für kirchliche Zweckverbände die Möglichkeit eröffnet, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erhalten. Der Ausbau kirchenleitend wünschenswerter strukturierter Zusammenarbeit zwischen Kirchengemeinden, insbesondere bei der Trägerschaft von Kindertagesstätten und Friedhöfen, wird dadurch nachhaltig gefördert.« Fink, ick hör dir trapsen: So kann man die regionale Arbeit in öffentlich-rechtlich verfassten Einheiten machen und die Gemeinden überwiegen?

»Nein, daran ist nicht gedacht!«, wird empört gesagt werden. Es gehe nur um die effektive Verwaltung und die Entlastung der PfarrerInnen, edle Ziele, die jede Nachfrage verboten erscheinen lassen. Aber wenn ich denke, wie viel im Zusammenhang mit der Doppik angeblich mit beschlossen wurde, was uns in der Synode nicht gesagt wurde.

»Die Einführung des doppischen Rechnungswesens ist ein weiterer dringlicher Anlass für eine grundsätzliche Neuausrichtung des Pfründewesens.« So lesen wir. Es soll ja schon vor Jahren Menschen gegeben haben, die die Verwaltung des Pfründestiftungsvermögens für nicht wirklich vollkommen gehalten haben – damals wurden die nicht ernst genommen. Und: Wieder eine Begründung mit der Doppik.

Ob die Synodalen, die ja auch im Ehrenamt sind, Zeit haben für weitergehende Gedanken, zwischen den Zeilen und im Subtext? Werden sie es ertragen, dass Kirchenleitung solches Hören und Lesen als Verdächtigungen ansehen wird? Hoffentlich aber haben sie Erinnerung und Mut, später einmal daran zu erinnern, welche Folgerungen als Zwang einmal bestritten wurden....

Ihr

Martin Ost

Ankündigungen

Geistliches Zentrum Schwanberg

■ Burn-On ... Das innere Feuer nähren

10. – 13.11.

Diese Tage richten sich an Menschen, die ihre persönliche Kraft (wieder) ins Fließen bringen möchten, sich seelisch, geistig und körperlich neu- und wiederverorten und ausrichten wollen. Im Emotional Dance Process® folgen wir in freier Bewegung den inneren Impulsen und erschaffen für sie eine Form, in der der energetische Prozess Raum hat. Ein Teil des Kurses findet im Schweißen statt. Persönliche Einführung in Meditation sowie Einzelgespräche sind möglich.

Leitung: Tiamat S. Ohm, Begleitung: Eve Kreis, Sr. Elisabeth Ester Graf CCR

Kosten: 240 €, UK, Verpfl. im Schloss: 216 €

■ »Choral und Choräle«

Ein Lied auf den Lippen

11. – 13.11.

Wir wollen den Reichtum unserer Kirchenlieder erfahren, sie singen und uns mit ihrer Überlieferungsgeschichte beschäftigen.

Leitung: Sr. Dorothea Beate Krauß CCR, Dr. Inga Behrendt

Kosten: 140 €, UK, Verpfl. im Schloss: 142 €

■ Stille und Ausdruck

17. – 20.11.

Meist ist es mit Freude verbunden, sich im eigenen Selbst, in der eigenen Mitte wahrzunehmen. Sowohl das Sitzen in der Stille im Stile des Zazen, in dem wir unsere Aufmerksamkeit auf den Atem lenken als auch das Geführte Zeichnen sind angemessene Wege, um mit sich in Berührung zu kommen. Dieses Seminar wird diese beiden Wege, Stille und Ausdruck, auch in der Ergänzung durch Leib-Wahrnehmungen, miteinander verbinden und bezieht sich so auf die Initiatische Therapie, wie sie von Graf Dürckheim und Maria Hippus, Gräfin Dürckheim, entwickelt wurde.

Leitung: Peter Oechsle

Kosten: 240 €, UK, Verpfl. H. St. Michael: 197 €

■ Der ewige Fluss von Freude und Trauer

Trauer durch Tanz überwinden
18. – 20.11.

Musik und Tanz sprechen Gefühle an. Meist ist es Freude, es können aber auch Trauer, Leid und Schmerz sein. Durch griechische Musik und Tänze wird die Welt unserer Gefühle angesprochen. Wir erfahren, dass Trauer keine Schwäche, sondern eine normale Emotion und ein Prozess von höchster Wichtigkeit für die Gesundheit ist. Trauer ist keine Krankheit, aber sie kann zu psychosomatischen Krankheiten führen, wenn wir mit Trauer und Verlust nicht umgehen können.
Leitung: Kyriakos Chamalidis
Kosten: 130 €, UK, Verpfl. im Schloss: 142€

■ »In der Knospe der Nacht schläft eine Rose«

Wintertanz - vertraue und tanze...
02. – 04.12. **Beginn:** 17.00 Uhr

In Tanz und Gebärden wollen wir dem Geheimnis der Christose auf der Spur bleiben und uns der Dunkelheit anvertrauen. Der Anfang allen Lebens liegt »im Dunkel«, dann wird das »Licht des Tages« geboren. Der Anfang des Kirchenjahres liegt in der dunkelsten Zeit des Jahres. Dann lädt uns der Bogen der Adventszeit ein – die Tanz-Wege vom Dunkel ins Licht zu schreiten und bewusst wahrzunehmen.

Leitung: Ingeborg Lenz-Schikore

Kosten: 120 €, UK, Verpfl. im Schloss: 142 €

Anmeldung: Geistliches Zentrum Schwanberg, Rezeption, 97348 Rödelsee, Tel.: 09323-3 21 28, rezeption@schwanberg.de,

Evangelisches Bildungszentrum Hesselberg

■ Mit der Trauer leben

Ein Wochenende für Menschen, die einen Angehörigen verloren haben

25.11. (18.00 Uhr) – 27.11.16 (13.00 Uhr)

Im Kreis von Menschen, die ebenfalls ihren Weg mit der Trauer gehen, können die Teilnehmenden reden, weinen und sich erinnern. Hier haben alle Gefühle Platz – die Traurigkeit, aber auch die Dankbarkeit. Außerdem erhalten sie Impulse, die helfen können, mit der Trauer im Alltag zu leben.

Leitung: Pfarrerin Beatrix Kempe

■ Hochsensibel? Potential erkennen, achtsam leben.

02.12. (18.00 Uhr) – 04.12. (13.00 Uhr)

Studien zeigen, dass etwa 15 – 20 Prozent der Menschen zu den Hochsensiblen gehören. Sie nehmen mehr Reize und Informationen aus der Umgebung wahr als andere. Das bringt manchmal an die eigenen Grenzen. Wenn man aber Strategien findet, gut für sich zu sorgen, wird man diese Gabe schätzen.

Im Gespräch in kleiner Runde und mit Impulsen blicken die Teilnehmenden auf ihre Stärken und suchen nach Lösungen im Umgang mit Herausforderungen. Die Tagesstruktur und die Methoden im Seminar kommen dabei den Bedürfnissen Hochsensibler entgegen.

Leitung: Pfarrerin Beatrix Kempe

■ Silvester – begegnen, feiern, erleben

»Alles neu?!«

30.12. 16 (14.30 Uhr) – 01.01.17 (13.00 Uhr)

Die Tagung bietet Gelegenheit, über das eigene Leben nachzudenken: Wann möchte man ein »neues Herz«? Was könnte in der Bibelstelle gemeint sein? In welchen Momenten spürt man Gottes Beistand? Doch man kann auch einfach zur Ruhe kommen und seinem Körper Gutes tun.
Leitung: Werner Hajek, Pfrin. Beatrix Kempe, Dr. Christine Marx, Pfr. Christoph Seyler

Ausblick:

■ Tanzseminar zum Jahresbeginn

06.01.17 (18.00 Uhr) – 08.01.17 (13.00 Uhr)

Leitung: Christine Anijs-Rupprecht

■ Singfreizeit

20.01.17 (18.00 Uhr) – 22.01.17 (13.00 Uhr)

Leitung: KMD Andreas Hantke

■ Gesundheitswoche für Frauen

22.01.17 (18.00 Uhr) – 26.01.17 (13.00 Uhr)

Leitung: Pfarrerin Beatrix Kempe

■ Landfrauentag zum Reformationsjubiläum

Katharina von Bora und Martin Luther – Hinter jedem großen Mann steckt eine starke Frau!
09.02.17, 09.30 Uhr – 15.30 Uhr

Ort: Hesselberghalle, Wassertrüdingen

Referenten: Pfr. Dr. Fabian Vogt, Pfrin. Miriam Küllmer-Vogt

Leitung: Pfrin. Beatrix Kempe und Team

Anmeldung: EBZ Hesselberg, Hesselbergstr. 26, 91726 Gerolfingen; Tel.: 09854 - 10-0; Fax: 09854 - 10-50; E-Mail: info@ebz-hesselberg.de

PPC

■ »Irgendwie bin ich heute so emotional...«

Gefühle wahrnehmen und beschreiben

22. November 2016 von 19.00 – 21.00 Uhr

Ort: Pilotystr. 15, Nürnberg, Seminarraum

Oft beschreiben wir Momente als »sehr emotional«. Aber welche Emotion das ist, ist noch nicht klar. Für eine gelingende Kommunikation aber ist das Wahrnehmen und Beschreiben von Gefühlen wichtig. Welche Gefühle gibt es? Lassen sie sich in Kategorien ordnen? Welche Gefühle sind mir vertraut, welche fremd?

Durch die Einführung in das »Einmaleins« der Gefühle erhalten Sie eine Grundlage, um sich mit den eigenen Gefühlen vertiefter beschäftigen zu können.

Leitung: Ulrike Otto, Pfarrerin, Supervisorin

Kosten: 10,- €

Anmeldung bis 08.11.: PPC, Pilotystr. 15, 90408 Nürnberg, ppc@stadtmission-nuernberg.de, Tel.: 0911- 35 24 00, Fax: - 35 24 06

Diakonie.kolleg

■ »Glauben 2017« – Impulse zum Reformationsjubiläum

2.-3. 2. 17

Ort: Augsburg

Im Gedenkjahr zu 500 Jahren Reformation kann ein Kurs zu Themen des Glaubens ein besonders

reizvolles Format sein, Luthers Anliegen zu aktualisieren, dass Menschen im Glauben mündig und sprachfähig werden.

Die Veranstaltung gilt als Spezialmodul in der Ausbildung zum/zur Glaubenskursbegleiter/in.

Referenten: Dr. Jens Colditz, Friedrich Rößner

Anmeldung bei AEEB: www.aeeb.de

Authentisch besser reden – ein Rhetoriktraining

6.-7. 3. 17oder 17.-18. 7. 17

Ort: Nürnberg

In diesem Training lernen Sie Ihren persönlichen Redestil und Ihre besonderen rhetorischen Gaben und Potenziale besser kennen und lernen Ihre Schwächen und Herausforderungen zu reflektieren.

Referent Prof. Dr. Ralf Frisch

Anmeldung: Evangelische Hochschule Nürnberg, www.evhn.de, ifit@evhn.de,

Tel.: 0911 - 27 25 37 11, Fax -712

Anmeldung: Diakonie.Kolleg. Bayern.,

Tel.: 0911 - 93 54 -412, info@diakoniekolleg.de

Theol. Fakultät Universität Halle/ Wittenberg

■ Kirche der Zukunft – Kirche der »Laien«?

Öffentlicher Studientag

18. 1., 11 Uhr, bis 19. 1. 17, 19 Uhr

Ort: Franckesche Stiftungen Halle, Franckepplatz 1, Haus 30.

Die »Laien«, also die Nicht-Theologen übernehmen mehr Aufgaben als früher, auch solche, die traditionell von den Pfarrern erledigt wurden – in erster Linie deswegen, weil die finanziellen Möglichkeiten der Kirchen enger werden. Daraus ergeben sich Fragen – nicht nur für die künftige Aufgabenverteilung in den Kirchen, sondern auch im Blick auf ihr Selbstverständnis: Welche Konsequenzen hat der Rückgang an Finanzmitteln für die Gestalt der Kirche? Welche Auswirkungen werden die sinkenden Zahlen der Theologiestudierenden und der daraus resultierende Pfarrermangel haben? Wie muss das Verhältnis von Amtsträgern und »Laien« neu bestimmt werden?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Theologischen Tage. Teilnehmen werden u.a. Prof. Dr. Margot Käbmann (Berlin), Landesbischof Dr. Christoph Meyns (Braunschweig) und Prof. Dr. Beate Hofmann (Wuppertal). Das aktuelle Programm ist unter www.theologie.uni-halle.de zu finden.

Teilnahmegebühr für beide Tage und Empfang am 18. Januar: 30 €, für einen Tag mit Empfang: 20 €

Veranstalter: Institut für Bibelwissenschaft (Prof. Dr. Udo Schnelle) und Institut für Religionspädagogik (Prof. Dr. Michael Domszen)

Anmeldung: Sekretariat Prof. Domszen, Frau Kinder, Franckepplatz 1, Haus 30, 06110 Halle (Saale), Tel: 0345 – 5 52 30 51;

Email: kinder@theologie.uni-halle.de

Postvertriebsstück
Dt. Post AG
Entgelt bezahlt

Letzte Meldung

»Auf Anregung von Wolfhart Schlichting stellte sich die Versammlung hinter den mit großer Mehrheit gefassten Beschluss der Evangelisch-lutherischen Kirche Lettlands, die ablehnende Haltung zur Frauenordination im Kirchengesetz festzuschreiben. Erzbischof Janis Vanags wird seit vielen Jahren wegen dieser Einstellung im Lutherischen Weltbund und besonders von bundesrepublikanischen Landeskirchenleitungen angefeindet.«

...und der Witz? Keiner. Ist ernst gemeint.

Zeitschrift CA III 16, S.135

und die Zeit, die uns noch geschenkt ist. Wir erhalten Einblicke in das Handwerk eines Steinmetz und die Gestaltung von Grabsteinen. Wir bearbeiten Steine und gestalten sie mit Symbolen für Leben und Sterben. Wer will, kann eine eigene Grabrede schreiben oder bei einem Biografiespiel Vergangenes wieder aufleben lassen. Eine »Auferstehungsfeier« am Sonntag beschließt das Seminar.

Leitung: Andreas Beneker, PD Dr. Christian Eyslein, Raimund Kirch, Egloffstein, Günter Kusch, Nürnberg

Kosten: 159,- € im EZ mit Du/WC

Anmeldung: EBZ Bad Alexandersbad, Tel. 09232 - 99 39 -0, E-Mail: info@ebz-alexandersbad.de

Theologischer Tag

■ Auf der Suche nach meiner Wahrheit

15.01., 18:00 Uhr bis 16.01.17, 17:00 Uhr

Ist alles, was wir denken und glauben, nur Konstruktion? Oder gibt es eine Wahrheit, auf die wir uns unbedingt verlassen können? Was kann man zu dieser und existentiell so wichtigen Frage aus der Perspektive evangelischer Theologie sagen? Der evangelische Systematiker Prof. Dr. Gunther Wenz wird an diesem ersten Theologentag Stellung beziehen und uns Denk- und Glaubensanstöße vermitteln.

Zielgruppe: PfarrerInnen, ReligionslehrerInnen, DiakonInnen und anderen hauptamtlichen kirchlichen MitarbeiterInnen

Leitung: Andreas Beneker, Pfarrer, Dr. Peter Hirschberg, Pfarrer

Referent: Prof. Dr. Gunther Wenz, München

Kosten: 85,- € im EZ mit Du/WC, 75,- € im DZ mit Du/WC

EBZ

Bad Alexandersbad

■ »ewigleben2«

Steinbruch des Lebens

Grabsteine gestalten: Männer bedenken Anfang und Ende

18.11., 18:00 Uhr bis 20.11., 13:00 Uhr

Das Leben als Steinbruch in den Blick nehmen, mit ganz unterschiedlichen Schichten, Schattierungen und farblichen Facetten: Bei diesem Seminar bedenken wir das eigene Ende

Bitte

Um einen guten Mitgliederservice zu gewährleisten, bitten wir alle Mitglieder, **Adressänderungen sowie Änderungen Ihres Dienstverhältnisses** rasch weiter zu geben an:
Pfarrer- und Pfarrerinnenverein
in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern
Friedrich-List-Str. 5
86 153 Augsburg
Telefon: 0821 56 97 48 -10,
Fax: 0821 - 56 97 48 - 11,
e-Mail: info@pfarrerverein.de

Impressum

Schriftleitung: Martin Ost, Stubenrauchstr. 14a, 12203 Berlin, Tel. 0171 903 50 50, Mail: Martin.Ost@t-online.de
in Gemeinschaft mit Karin Deter (Nürnberg), Martin Müller (Hof), Monika Siebert-Vogt (Schwanstetten), Silvia Wagner (Nürnberg), Christian Weitnauer (Ingolstadt).

Erscheint 11 mal im Jahr (außer September) jeweils zum Monatsanfang. Den Text finden Sie auch auf der Internetseite www.pfarrverein-bayern.de
Redaktionsschluss ist der 15. des Vormonats.

Anzeigen und Druck: Schneider Druck GmbH, Erlbacher Straße 102-104, 91541 Rothenburg o.d.T., Tel.: 09861- 400 -135, Fax.: 09861 - 400 -154.
Bezug: Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 4,60 Euro einschließlich Postzustellgebühr. Bestellung über den Pfarrer- und Pfarrerinnenverein in Bayern. Änderungen der ständigen Anschrift (bei Wechsel der Wohnung) – auch von Mitgliedern des Pfarrer- und Pfarrerinnenvereins – sind zu richten an den **Herausgeber:** Pfarrer/innenverein in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e.V., Corinna Hektor, Geschäftsstelle: Friedrich-List-Str. 5, 86 153 Augsburg, Telefon: 0821 56 97 48 -10, Fax: - 11, e-Mail: info@pfarrerverein.de